

DEUTSCHE POLIZEI

NOVEMBER 2018 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Vier randvolle Jahre



Exklusives
Angebot für
**Polizei-
beamte**

Wenn es für Sie als Held
mal nicht so super läuft, sind wir da.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Unfallschutz. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

EHRENAMT



Foto: privat

16 Bürgerdelegationen, darunter GdP-Mitglieder, wurden zum Tag der deutschen Einheit zur zentralen Feier von „höchster“ politischer Stelle nach Berlin geladen. Unser sächsischer Kollege Jan Krumlovsky, war einer davon: ein Erlebnisbericht ...

Seite 25

TARIF



Foto: GdP RLP

Nach 47 Dienstjahren und 30 Jahren Gewerkschafts- und Personalratsarbeit geht Margarethe Relet, stellvertretende GdP-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz und zuständig für den Tarifbereich, Ende des Jahres in den Ruhestand. René Klemmer, ihr Nachfolger für den Landesvorstand, sprach mit ihr.

Seite 32

BUNDESSENIOREN-VORSTAND



Foto: GdP

Der „Druck“ hat doch Bewegung in die DGB-Seniorenarbeit auf Bundesebene gebracht. Der DGB-Vorstand beschloss, einen Bundesseniorenbeauftragten einzusetzen, der dem zuständigen Referenten in der Abteilung Sozialpolitik zuarbeitet.

Seite 36

- 2** **BUNDESKONGRESS-TICKER +++** Der Bundeskongress ist in Sichtweite
- 3/27** **FORUM**
- 4** **TITEL/**  Vier randvolle Jahre
- 14** **KURZ BERICHTET** Höherer Sicherheits- und Qualifizierungsstandard im privaten Sicherheitsgewerbe sehr wichtig/„Medienkrisen“ besser bewältigen/„Die Waffe des Polizisten ist das Wort“/GdP-Vize Plickert überbringt beste Wünsche an DHPol-Absolventinnen und -Absolventen/„Die Polizei steht vor dem Kollaps“/JUNGE GRUPPE (GdP) in Berlin und Krakau auf den Spuren dunkelster deutscher Geschichte/GdP-Vertrauensleute trafen sich/Rechtssekretäre in Bundesgeschäftsstelle/Geballte Ladung Eingruppierungsrecht/GdP-Polizeihauptpersonalräte erörtern Polizeigesetze, Datenschutz und Ausstattungsfragen
- 22** **IT-KRIMINALITÄT** Zunehmender Cyberkriminalität mit Präventionsoffensive begeben
- 25** **EHRENAMT** GdP-Kolleginnen und -Kollegen in Bürgerdelegationen beim Fest zum Tag der deutschen Einheit in Berlin
- 29** **ÖFFENTLICHER DIENST** Immer öfter Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten
- 31** **TARIF** Rückblick auf 30 Jahre Tarifarbeit
- 33** **VERKEHR** Bundesweit 10.184 Handyverstöße festgestellt
- 35** **SENIOREN** 19. Bundesseniorenfahrt 2019 nach Rhodos
- 36** **BUNDESSENIORENVORSTAND** Senioren im DGB – Und er bewegt sich doch ...
- 37** **SENIOREN** Meinungs austausch der Südländer vor Bundeskongress
- 38** Eine gelungene Seniorenbetreuung
- 39** **BILDUNGSREISE** Israel: Zwei spannende Erlebnisse erwarten Euch
- 40** **IMPRESSUM**



Der Bundeskongress ist in Sichtweite

Wenn die GdP-Mitglieder diese Ausgabe ihrer Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI in den Briefkästen vorfinden, vergehen noch knapp vier Wochen bis zu dem gewerkschaftlichen Höhepunkt in diesem Jahr, den 26. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. Vom 26. bis 29. November treffen sich unter dem Motto „Leben in Sicherheit“ rund 750 Delegierte und Gäste im hauptstädtischen Estrel-Hotel.

Der Bundeskongress gibt langfristig die zentralen inhaltlichen Positionen, Leitlinien und Forderungen der GdP vor. Die Delegierten der 16 GdP-Landesbezirke und der GdP-Bezirke Bundespolizei und Bundeskriminalamt wählen

senden aus allen Teilen Deutschlands. Am Tag darauf werden Grußworte des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Ressortchef Holger Stahlknecht, vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes,



Screenshot: GdP-Bundeskongress-Homepage



Das GdP-Kongressteam formiert sich ...

Fotos (2): Zielasko

zugleich den Geschäftsführenden Bundesvorstand und die Bundeskassenprüferinnen und -prüfer.

Alle vier Jahre kommt das oberste Wahlgremium der GdP zusammen. Die 255 Delegierten wurden in den Landesbezirken gewählt. Dabei ist die Mitgliederzahl des jeweiligen Landesbezirks oder Bezirks ausschlaggebend für die Zahl der Kongressmandate.

Bundespräsident redet auf dem Festakt

Mit einem Festakt wird der viertägige Kongress am Montagmittag eröffnet. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte, „wir freuen uns, dass wir als Redner Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Kardinal Rainer Maria Woelki und Bundesinnenminister Horst Seehofer gewinnen konnten.“ Nach diesen Ansprachen wendet sich der GdP-Bundesvorsitzende zu den Anwe-



Reiner Hoffmann, und von Berlins Senatsinnenverwaltung erwartet.

Rund 300 Anträge stehen zur Beratung

Die Delegierten aus allen Gliederungen der Gewerkschaft beschäftigen sich mit rund 300 Anträgen, die zur Abstimmung stehen – DEUTSCHE POLIZEI berichtete in der September-

Ausgabe ausführlich über die Arbeit der Antragsberatungskommission, die nach den Worten des Vorsitzenden der Antragsberatungskommission (ABK), Dietmar Schilff, intensiv und mit großer Sachlichkeit verliefen.

Gemeinsame Taktiksituation

Rechtzeitig vor dem Kongress ist vieles bereits festgezurr oder braucht nur noch einige Pinselstriche, anderes benötigt noch ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Seit rund 20 Monaten laufen bereits die Vorbereitungen auf das GdP-Großereignis.

Damit beim Festakt alles klappt, die Delegierten sich in der Folge auf die Beratung der Anträge konzentrieren können und auch die Wahlen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes ordnungsgemäß vonstattengehen, braucht es viel Liebe zum Detail und einen ausgeklügelten Einsatzplan für das etwa 30-köpfige Einsatzteam, bestehend aus Kolleginnen und Kollegen der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle und aus Hilden. Resultat: Mission possible!

Allen Delegierten und Gästen wünschen wir eine gute Anreise und ein herzliches Willkommen. **wsd/mzo**



Zu: Kommentar, DP 10/18

Ich bin am 1. Oktober 1960 eingestellt worden. Während unserer zweieinhalb-jährigen Beschulung und Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei in Mainz wurden wir auch im Fach „Kriminalistik“ von dem Kriminalobermeister Karl Ebbe unterrichtet. Von seinen, aus dem aktiven Dienst berichteten Erkenntnissen des polizeilichen Auftretens in der Öffentlichkeit stammt die Aussage: „Mit dem Hute in der Hand, kommt man durch das ganze Land“ – womit er andeuten wollte, dass man in der damaligen Zeit seine Dienstwaffe beruhigt in der Schreibtischschublade belassen könne. Natürlich gab es auch Gummiknüppel und Handschellen, Probleme, Widerstände, Verletzungen und Beleidigungen, aber, ich behaupte mal, mehr als Einzelfälle und beileibe nicht in so großen, mengen- und gruppenartigen Ausmaßen und Dimensionen, wie es heutzutage der Fall ist.

Der mangelnde Respekt vor Amtspersonen mit hoheitlichem Auftrag, das Verständnis für Dienstpflichten samt Neigung zu Gewalt scheinen in der Folgezeit erstmals durch die Großeinsätze zum Beispiel gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt, die Nachrüstungsgegner oder die RAF-Einsätze zutage getreten zu sein. Sie gipfeln in heutiger Zeit, noch weiter gesteigert, in kriminellen Angriffen, in Taten wie Anspucken, in Brand setzen von Dienst-Kfz, Verletzungen durch Steine, Molotow-Cocktails. Zustände und Gewalttaten, deren Radikalität und Hemmungslosigkeit noch weiter anzusteigen scheinen und deren Verrohung man immer nur mit einer Reaktion, sprich personellen Verstärkung, bessere Ausrüstung und Ausbildung begegnen will.

Dabei ist es doch zunächst einmal und zuallererst die andere Seite, die aktiv und zusehends brutaler werdend es an Anstand und Respekt vermissen lässt. Die Frage ist deshalb: Was hat sich im Laufe der Jahre so ver- und geändert, mit dem Ergebnis, dass der einer Polizei- oder Ordnungsbehörde gegenüber Stehende handgreiflicher, radikaler und gewalttätiger wurde? Ist es da nicht Aufgabe der Politik, schützend und bereits im Vorgriff mit den entsprechenden Maßnahmen, ähnlich einer Art Vorbeugung, tätig zu werden und darauf hinzuwirken, dass die gegenüber Amtsträgern weitgehend abhanden gekommene Anerkennung,

die Achtung und das Verständnis für seine Tätigkeit geweckt, hergestellt, und allseits Beachtung findend, wieder in den Vordergrund gerückt werden. Zumal einer ständigen „Auf-Munitio-nierung“ irgendwann ja auch Grenzen gesetzt sind!

**Dieter Tendick,
Waldfishbach-Burgalben**

Zu: Polizei, DP 10/18

Zu meinen Erwartungshaltungen im Hinblick auf das äußere Erscheinungsbild von Polizisten sollte ein gepflegtes Äußeres selbstverständlich sein. Aber auch die Erkennbarkeit als solche ist in bestimmten Situationen nicht ganz unwichtig. Zumindest in bestimmten Fällen ist eine Kopfbedeckung zwingend erforderlich, auch wenn diese seltsam geformte achteckige Schirmmütze verständlicherweise nicht gern getragen wird. Ich habe schon mehrfach Polizeibeamte gesehen, die mitten im dichten Straßenverkehr ohne Dienstmütze standen und den Verkehr regelten, weil zum Beispiel die Ampelanlage ausgefallen war beziehungsweise Chaos auf der Fahrbahn wegen eines Verkehrsunfalls herrschte.

Diese Beamten waren für mich äußerst schlecht zu erkennen, insbesondere dann, wenn sie eher von kleinerem Wuchs waren und dazu schlechte Licht- und Sichtverhältnisse herrschten. Schon aus Gründen der Eigensicherung sollten zumindest die Beamten in derartigen Situationen ihre Schirmmütze, möglichst eine weiße, aufsetzen. Die Warnweste allein, so sie denn umgelegt wurde, genügt oftmals nicht.

Werner Birken, Wiefelstede

Zu: Arbeitszeit, DP 9/18

Natürlich ist es gut, wenn auch Alt-hergebrachtes in Frage gestellt wird. Hierzu sollte man aber nicht nur auf EU-Recht verweisen, sondern dieses auch lesen und sich vorab mit den arbeitsmedizinischen und rechtlichen Grundlagen auseinandersetzen. Ein Modell, welches neun Schichten in Folge ohne Unterbrechung vorsieht und diese zulässt, ist nicht rechtskonform.

Die Aussage, „die Anzahl der Nachtdienste je Mitarbeiterin oder Mitarbeiter vermindert sich proportional mit meh-

renen Dienstgruppen“ ist schlichtweg falsch. Die Anzahl der Nachtdienste in einem Jahr sind bei durchgängigen 8-Stunden Schichten und gleicher Besetzungsstärke stets gleich. 365 Tage Schichtdienst bedeuten 365 notwendige Nachtschichten multipliziert mit der Anzahl der notwendigen Kollegen. Bei 100 Kollegen als Summe in der Sollstärke werden je Nachtdienst circa 17 Kollegen benötigt. Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter im Nachtdienst müssen somit circa 6.083 Nachtdienste leisten. Und da ist es vollkommen egal, ob das vorhandene Personal in 3 oder 10 Dienstgruppen arbeitet.

„Die flexible Arbeitszeitgestaltung gewährleistet für die wöchentliche Ruhezeit, im Bezugszeitraum von 14 Tagen, eine kontinuierliche Mindestruhezeit von 24 Stunden zuzüglich der täglichen Ruhezeit von elf Stunden (mindestens einmal 35 Stunden Pause).“ Wie korreliert dies mit den EU-Richtlinien und der Empfehlung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und so weiter? Derartig kurze Ruhephasen sind in einem 14 Tageszeitraum rechtlich nicht zulässig.

„Im 4-Dienstgruppenschichtmodell „Drei-Viertel“ muss keiner, bei der Schichtfolge von drei Früh-, Spät- und Nachtdiensten, an neun aufeinanderfolgenden Schichttagen beziehungsweise sieben aufeinanderfolgenden Kalendertagen der Kalenderwoche Dienste leisten.“ Genau das ist rechtlich auch nicht zulässig. Bei sechs Schichten in Folge ist Schluss. Wie wird die Einhaltung dieser Grenze geregelt?

Und von familienfreundlich zu reden ... da fehlen in dem Beitrag die Argumente. Kein zusammenhängendes

Fortsetzung auf Seite 27

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**





Vier randvolle Jahre

DEUTSCHE POLIZEI zieht Bilanz

Wir erleben stürmische Zeiten, die rund 260.000 Polizistinnen und Polizisten sind mittendrin. Die Klagen werden lauter. Und immer öfter ist zu hören, dass unsere Kolleginnen und Kollegen aufgrund der vielen und großen Einsatzlagen, aber auch im polizeilichen Alltag, im Streifen- oder kriminalpolizeilichen Ermittlungsdienst nicht mehr aus den Stiefeln kommen. „Dieser altbekannte Satz hat immer noch generelle Gültigkeit für die Polizei in Deutschland – nicht nur aufgrund von Terror- und Amoklagen, sondern auch aufgrund von jährlich hunderten Demonstrationen mit mutmaßlich unfriedlichem Verlauf und natürlich dem Einsatzdauerbrenner Fußball“, so das Resümee des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow. Beispielsweise hat sich die Zahl der Einsätze, bei denen die Landespolizeien durch Kräfte aus anderen Ländern oder der Bundespolizei unterstützt werden müssen, in wenigen Jahren verdreifacht. DEUTSCHE POLIZEI – als GdP-Mitgliederzeitschrift – blickt vor dem 26. Ordentlichen Bundeskongress Ende November in Berlin auf die Zeit seit 2014 zurück.

Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen ist es wichtig, dass wir eine wachsende Gewerkschaft sind.

Richtig. In den vergangenen Jahren konnten wir regelmäßig unsere Mitgliederzahlen steigern. Mehr als 187.000 Kolleginnen und Kollegen sind wir derzeit. Und wir sind sicher, diesen Trend zu halten. Wir sehen uns im Vergleich zu 2014 durchaus in einer stärkeren Position und unser hohes Ansehen in der Politik ist gefestigt.

Worauf führt die GdP diesen Mitgliederzuwachs zurück?

Nach vielen Jahren des Stellenabbaus bei der Polizei ergreifen jetzt wieder in Bund und Ländern vermehrt junge Frauen und Männer den Polizeiberuf. Die neuen Anwärterinnen und Anwärter kommen dann auch mit unserer Gewerkschaft in Kontakt. Dabei verweisen wir darauf, dass die GdP sich bereits seit über sechseinhalb Jahrzehnten erfolgreich auf allen politischen Ebenen und in der Personalratsarbeit



Foto: Holecek

innerhalb der Polizei für die Verbesserung der beruflichen Lage aller Polizeibeschäftigten einsetzt. Die GdP ist nicht nur in den Dienststellen für ihre Kolleginnen und Kollegen da, sondern unterstützt und betreut ihre Mitglieder auch bei nahezu allen Großeinsätzen

vor Ort. Und das überzeugt die Neumitglieder. Auch stehen wir für die Werte des Rechtsstaates in einer Demokratie.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Mitgliederzahlen zu erhöhen?

Neben einem sehr guten Leistungsumfang und einem attraktiven Leistungsangebot für unsere Mitglieder werden auch fortwährend die Methoden zur Mitgliedergewinnung und -bindung evaluiert. Zudem sind auch die Interessenten deutlich mehr als noch vor drei oder vier Jahren. Unsere Spitzenfunktionäre sind bei Veranstal-





Fotos (2): Holecek

zu sein. Dabei werden in Gesprächen die Vorzüge einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, die von der rechtlichen Beratung beispielsweise bei zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verfahren bis zur Unfall-Versicherung innerhalb oder außerhalb des Dienstes reichen, dargestellt.

Wo liegen die größten Herausforderungen für die Gewerkschaft?

Die Polizei ist kein Staat im Staate! Polizeibeschäftigte sind in die Gesellschaft eingebunden, sind Arbeitnehmer und haben oft die gleichen Probleme wie viele andere. Das müssen wir immer wieder betonen, aber das müssen andere auch akzeptieren. Zentrale Punkte sind der massive Personalmangel bei der Polizei, die Beseitigung einiger unnötiger Auswüchse des föderalen Polizeiaufbaus wie unterschiedliche Besoldung, Arbeitszeiten, Lebensarbeitszeit oder Ausstattung in Zeiten des Terrors und das konstruktive Mitwirken an der Anpassung der Arbeitsbedingungen in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung.

Welche Erfolge sind zu verzeichnen?

Langer Atem zahlt sich aus. Der jahrelange massive Druck auf die politisch Verantwortlichen führte dazu, dass ein Strafrechtsparagraf zum besseren

Schutz von Polizistinnen und Polizisten ins Strafgesetzbuch eingeführt wurde. Den Kolleginnen und Kollegen schlägt im Alltag viel Aggressivität und Respektlosigkeit entgegen. Das Unrechtsbewusstsein vieler Bürger tendiert gen Null, selbst wenn sie gravierende Verfehlungen begangen haben. Deshalb war die Entscheidung des Bundestages im vergangenen Jahr, den Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten, aber auch von Rettungskräften und Feuerwehrleuten im Strafgesetzbuch stärker zu verankern, mehr als überfällig.

Die Gewerkschaft der Polizei hatte über sieben Jahre darum

gekämpft, dass der Gesetzgeber der wachsenden Gewalt gegen Einsatzkräfte ein deutliches Zeichen entgegensetzt. Polizisten werden angegriffen und zum Teil schwer verletzt, weil sie Polizisten sind. Und das nicht nur bei Maßnahmen, die sie vollstrecken müssen, sondern auch völlig ohne Anlass, allein, weil sie dieses Amt im Auftrag von Staat und Gesellschaft ausüben.

Auch die engagierte Intervention der GdP nach der Kölner Silvesternacht, eine bereits zwei Monate zuvor bundesweit gestartete „Wir brauchen Verstärkung“-Kampagne und der nicht nur hierzulande große Resonanz bewirkende gemeinsame Vorstoß mit dem Deutschen Richterbund für deutlich mehr Personal bei Polizei und Justiz haben unser politisches Gewicht spürbar erhöht.

Bürger fordern mehr Polizei. Viele Polizistinnen und Polizisten fehlen.

Deutschland braucht mindestens 20.000 zusätzliche Polizeibeamte für die Länder, die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt, um auf Dauer den Anforderungen und neuen Aufgaben Herr zu werden und die täglichen Personallücken schließen zu können. Allein 2016 leisteten die Kolleginnen und Kollegen bundesweit 22 Millionen Stunden Mehrarbeit. In Stellen umgerechnet bedeutete dies 13.000. Hätten wir die, wären aber lediglich die Über-





Bundeskontrollausschuss



Foto: GdP

Michael Bersenkowitsch

Der Bundeskontrollausschuss (BKonA) nahm am 11. November 2014 nach seiner konstituierenden Sitzung seine Arbeit auf. In zehn Sitzungen hat sich das Gremium unter anderem mit der Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Beschlüsse des 25. Bundeskongresses beschäftigt, die satzungsgemäße Arbeit der GdP-Organen mit Ausnahme des Bundesschiedsgerichts überwacht, Beschwerden über die Organe der GdP (Paragraf 11b bis d Satzung der GdP) behandelt und sich mit Satzungsstreitverfahren gemäß Paragraf 7 Abs. 2 unserer Satzung befasst. Die Sitzungsanzahl lässt erkennen, dass wir alle Hände voll zu tun hatten. Ich weise auf den Bericht des BKonA anlässlich des Bundeskongresses in Berlin hin.

Seit 2014 nahm der BKonA Veränderungen wahr, im Umgang miteinander und auch, was die Durchsetzungswilligkeit bei Interessenlagen sowie die Art der Kommunikation innerhalb der GdP angeht. Es sei angemerkt, dass Kritik erforderlich und wünschenswert ist, jedoch sollten unterschiedliche Auffassungen ihre Motivation in der Sache und nicht in persönlichen Interessenlagen haben. Aber auch Vertrauen in die Handlungsweise der Verantwortlichen sollte bestehen.

Der BKonA als unabhängiges Gremium hat eine ungeschriebene Aufgabe, nämlich die Betrachtung der Ziele und Aufgaben der Gewerkschaft der Polizei im Sinne von Paragraf 2 unserer gemeinsamen Satzung. Aus diesem Blickwinkel heraus hat der BKonA die erledigten und noch bestehenden Konflikte behandelt. Die Aufforderung für die Zukunft ist, daran zu denken, dass wir nur gemeinsam die Aufgaben bewältigen und die Ziele erreichen können, die sich aus unserer Satzung ergeben. Die Beschäftigten der Polizei in ihrer Gesamtheit haben ein Anrecht darauf.

Michael Bersenkowitsch,
BkonA-Vorsitzender



Foto: Hagen Immel/GdP

stunden abgedeckt. Die seit dem Jahr 2000 bundesweit abgebauten 16.000 Stellen können nicht über Nacht ersetzt werden. Zudem scheidet bis 2021 rund 44.000 Kolleginnen und Kollegen aus Altersgründen bundesweit aus dem Dienst aus, das ist fast jeder vierte aktive Polizist.

Auch bei der Ausrüstung gibt es großen Nachholbedarf. Allein für die Bereitschaftspolizeien (BePo), die ständig zu Feuerwehreinsätzen gerufen werden, sind Millioneninvestitionen notwendig. Die 20 Millionen Euro in den Haushaltsbüchern reichen bei Weitem nicht aus. Die Körperschutzausstattungen sind beispielsweise teil-

weise über zehn Jahre alt, gepanzerte Spezialfahrzeuge haben durchaus auch fast ein halbes Jahrhundert auf dem Buckel. Terrorlagen warten aber nicht auf den Beschaffungsplan. Sie können uns heute und jetzt erwarten.

Was macht die Politik? Oder besser: Macht die Politik was?

Der von der Gewerkschaft der Polizei jahrelang ausgeübte Druck auf die Politik entfaltet endlich Wirkung. Verschwiegen werden sollte jedoch nicht, dass erst die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht die politische Reaktion in Gang setzte. Mehr Polizei solle ein-



Foto: GdP





gestellt werden, vernahm man von da an, und noch bis heute, landauf, landab. Nicht nur von der Bevölkerung, nein, auch von der Politik selbst.

Nun haben wir zwar einen Koalitionsvertrag, in dem steht, es sollen insgesamt 15.000 Beamtinnen und Beamten für Bund und Länder eingestellt werden. Zweifel daran sind mehr als angebracht. Nirgendwo in dem Werk der Union und der SPD ist eine Handhabe verbrieft, wie und wann vor allem die Länder die vereinbarte Personalmehrung von 7.500 Kolleginnen und Kollegen umzusetzen haben. Aber: Polizistinnen und Polizisten kauft man nicht im Katalog und im Dutzend billiger.

Polizist wird man ja auch nicht in einem Wochenendlehrgang ...

Um ein professioneller Krisenmanager zu werden, so wie wir uns Polizistinnen und Polizisten vorstellen, benötigt man eine fundierte Ausbildung,



Foto: Horst Wagner

lizeistreifen auf den Straßen. Bürger erleben verschmutzte und zerstörte Bushaltestellen oder unzählige Graffitis in

Hat die Polizei genügend Bewerberinnen und Bewerber?

Prinzipiell ja. Auffallend ist, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund ihre berufliche Aufgabe mit dem Dienst in der Polizei verknüpfen wollen. Wir finden, welche Wurzeln ein Bewerber für den Polizeidienst hat, spielt keine übergeordnete Rolle. Viel wichtiger ist, die entsprechende Qualifikation vorweisen zu können. Schon seit Jahren sind wir als Polizei und auch als Gewerkschaft bestrebt, die interkulturelle Kompetenz unserer Kolleginnen und Kollegen zu fördern. Dazu gehört, Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu begeistern. Die Entwicklung zeigt, wir sind auf dem richtigen Weg, auch wenn die Resonanz noch viel größer sein könnte. Ein Kollege mit ausländischen Wurzeln sagte dem GdP-Bundsvorsitzenden, er sei stolz darauf, die Aufnahmeprüfung bestanden zu haben und fühle sich keinesfalls als Quoten-Ausländer im Streifenwagen, sondern als respektierter Polizist. Alle Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männer, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, sollen ganz normal ihren Weg gehen.



Foto: Hagen Immel/GdP

genügend Zeit, um aus Fehlern zu lernen und Erfahrungen zu sammeln. Das Studium als Bachelor bleibt unser Ziel.

Umfragen ergeben regelmäßig, dass die Bürger mehr Polizei auf der Straße wollen ...

Als Polizei verlieren wir schleichend den Kontakt zum Bürger. Uns wird gesagt, ihr habt immer weniger Po-

den Städten. Das führt zu einem sich ausprägenden Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und zu einem Vertrauensverlust in die Stärke und Kompetenz der Polizei.

Wir aber sind durch fehlende Ressourcen gezwungen, Schwerpunkte zu setzen, zum Beispiel bei der Terrorismusbekämpfung. Zeit- und personelaufwändige Präventionsmaßnahmen werden dann eben nicht mehr oder nur noch mit deutlich geringerem Aufwand angegangen.

Überlastung: Gibt es vermehrt Burn-out oder Kündigungen?

Aus den Ländern sowie der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt hören wir, dass die Krankenstände





Flüchtlingssymposium der GdP

28. & 29. April 2016
in Berlin

Herzlich willkommen!





Fotos (12): GdP,
Hagen Immel,
Heinz Selzner,
Rüdiger Holecek,
Michael Zielasko





Bundesschiedsgericht

Das Bundesschiedsgericht, auf dem Kongress 2014 als neues GdP-Organ installiert, sah man in vielen Bereichen wohl als Arbeitserleichterung für den Bundesvorstand im Zusammenhang mit Berufungen bei Ordnungsverfahren der Landesbezirke. In der Tat befasste sich das Gremium mit vier Berufungen zu Ordnungsverfahren der Bezirke und Landesbezirke – und das mit wesentlich geringerem personellem Aufwand als ein Bundesvorstand.



Gerhard Remmet

Insgesamt acht Satzungsstreitverfahren zielten aber eindeutig auf einen anderen Fokus. Offenbar bestand ein bis dato nicht erkannter Bedarf, Satzungsauslegungen einheitlich für die gesamte GdP abschließend zu entscheiden. Der Schwerpunkt lag hier sehr wohl auf der gesuchten Entscheidungskompetenz im Gegensatz zur bisherigen – eher im empfehlenden Tenor gehaltenen Entscheidungen beispielsweise der Kontrollausschüsse.

So gesehen kann man im Rückblick sagen, 2014 hat mit der Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit eine gute Entscheidung getroffen. Wir wurden in unserer Arbeit dadurch bestärkt, dass unsere Entscheidungen auch der einen oder anderen zivilgerichtlichen Überprüfung standhielten, ja in dem einen oder anderen Fall sogar ausdrückliche Bestätigung fanden.

Gerhard Remmet, Vorsitzender des Bundesschiedsgerichts

zunehmen, viele Einsatzkräfte dauerhaft nicht dienstfähig sind, dadurch die noch gesunden Kolleginnen und Kollegen zwangsläufig zusätzlich noch stärker belastet werden, ergo sich das Hamsterrad immer schneller dreht und seit ein paar Jahren psychische Erkrankungen den Spitzenreitern „Rücken“ und Herz-Kreislauferkrankungen enger auf die Pelle rücken. In manchen Bundesländern liegt der Krankenstand bei unseren Kolleginnen und Kollegen bei über zehn Prozent.

Eines liegt uns aber wirklich am Herzen, und damit sollte auch niemand allein gelassen werden. Viele Kolleginnen und Kollegen erleiden während ihrer Arbeitszeit eine seelische Erkrankung. Als echte Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen müssen wir tatkräftig dabei mithelfen, dass Betroffene Hilfsangebote erkennen, und diese akzeptieren. Als Gewerkschafter sollten wir Hilfsangebote fordern und fördern. Aus unserer Sicht sind die Zeiten längst vorbei, in denen man davor Angst haben musste, von seinen Kollegen als schwacher Mensch ausgegrenzt zu werden, nur weil man seelische Unterstützung braucht und annimmt.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten besorgniserregend

In den vergangenen fünf Jahren, also seit 2013, sind laut der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt mehr als 332.000 versuchte und vollendete Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamte in Deutschland registriert worden. Das sind statistisch rund 180 pro Tag. Diese alarmierenden Zahlen müssen ein Signal an die Politik sein, die innere Sicherheit ständig als Topthema zu behandeln. Unsere Kolleginnen und Kollegen kriegen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Ankündigungspolitik der Regierungen jeden Tag mehr zu spüren. Die Einsatzkräfte können zwar viel ab, aber es nagt schon sehr an der Motivation, wenn der Frust der Bürger sich nicht nur verbal, sondern auch über Respektlosigkeit und Gewalt gegen die Beamten entlädt.

Die Gewaltexzesse im vergangenen Sommer am Rande des G20-Gipfels in Hamburg stellten eine neue Dimension dar. Die Randalierer hinterließen eine Schneise der Verwüstung und nahmen bei den Auseinandersetzungen auch kaltblütig den Tod von Polizistinnen und Polizisten in Kauf. Der allgemeine Tenor danach: „So etwas haben wir noch nicht erlebt!“

Wer wird besonders häufig straffällig gegenüber Polizisten?

Nach Einschätzung von Kriminologen werden die Täter immer jünger. So beruht Untersuchungen zufolge der statistische Anstieg vor allem auf einer

starken Zunahme bei den jüngeren Altersgruppen. Beispielsweise sind Zusammenrottungen von Menschen, die aus der Gruppe heraus entweder zu Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen lautstark aufforderten oder selbst tatkräftig gegen die Polizei vorgingen, keine dienstlichen Eintagsfliegen mehr, sondern Lagen, mit denen unsere Kolleginnen und Kollegen mittlerweile jeden Tag rechnen müssen. Nicht nur die Polizei ist gefordert, sich darauf einzustellen, sondern auch die Justiz. Täter müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Bei Angriffen auf den Staat darf es nicht heißen, aber das war doch nicht so schlimm.

Malchows Statement hat auf dem von sonst ein paar Tausend Menschen besuchten Facebook-Auftritt des GdP-Bundesvorstandes zu einer wahren Eruption von Äußerungen geführt. Überwiegend handelt es sich um hoch emotionale Posts. Und daran erkennt man nach unserer Auffassung eines der größten sich momentan in der Gesellschaft Raum verschaffenden Probleme. Wem vor Wut die Galle hoch kommt, der verliert die klare Sicht auf die Umstände. Und der ist auch leichter verführbar, wenn es um vermeintlich einfache Lösungen geht wie „Merkel muss weg“ oder rechtsextreme Parolen.

Muss die Polizei häufiger als noch vor Jahren schießen?

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben während ihrer Dienstzeit die Waffe gar nicht gebrauchen müssen, manche nur einmal, manche vielleicht öfter. Ob sie es tun müssen, hängt von zahlreichen verschiedenen Faktoren ab: In welchem Umfeld leiste ich meinen Dienst, in welchem Bereich der Polizei bin ich eingesetzt, in welche Situationen gerate ich.

Fakt ist: Die Gefahrensituationen für Polizistinnen und Polizisten nehmen zu, vor allem auch im täglichen Dienst. Mehr Gewalt bedeutet für unsere Kolleginnen und Kollegen, sich stärker auf die Eigensicherung konzentrieren zu müssen, was dann auch das Ziehen der Waffe beinhaltet. Jede und jeder weiß nur zu gut, wie gefährlich sich Einsätze bei Notrufen wegen häuslicher Gewalt entwickeln können. Wir stehen oft Menschen gegenüber, die sich in einem emotionalen Ausnahme-





mezustand befinden. Teils sorgen Drogen oder Alkohol noch für eine weitere Verschärfung der Lage. Es kommt zudem häufiger vor, dass sich die Streitenden plötzlich gegen die Beamten solidarisieren, und ein Messer liegt in jeder Küche bereit. In einer solch brisanten Situation ist die Schusswaffe ein letztes, aber zulässiges Mittel der Notwehr. Am Ende ist die Kollegin oder der Kollege in der akuten Lage und muss selbst entscheiden, was sie oder er einsetzt, um den Täter angriffs- oder fluchtunfähig zu machen – oder sein eigenes Leben zu schützen.

Es ist der hohen Professionalität und der guten Ausbildung von Polizisten geschuldet, dass nicht häufiger von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wird. Das kommt nicht von selbst. Wir als Arbeitnehmervertretung müssen daran intensiv arbeiten, dass genügend Zeit und Raum für solch wichtigen Trainings bleibt. Denn der Schuss auf einen Menschen hinterlässt Wirkung. Und dabei dürfen wir unsere Kolleginnen und Kollegen nicht allein lassen, vorher und hinterher.

Polizei deutlich öfter im Blickfeld politischer Debatten

Es sollte jetzt vordringlich darum gehen, die sich sehr zuspitzende Diskussion mit ihren vielen Provokationen zu beruhigen und zu versachlichen. Das klappt nur, wenn der Staat konsequent handelt, und wenn Politiker für den Bürger erkennbar dafür sorgen, dass der Staat es auch kann, und zwar immer und überall. „Ich finde es im Übrigen gut, dass die sächsische Polizei eingestanden hat, die Lage in Chemnitz zunächst falsch eingeschätzt zu haben. Der selbstkritische Ansatz spricht für unsere Kolleginnen und Kollegen dort. Generell finden interessierte Beobachter bei Polizeieinsätzen aber immer ein Haar in der Suppe. Entweder hat die Polizei zu viele Kräfte vor Ort, dann ist es die martialisch auftretende Staatsmacht. Haben Sie vermeintlich nicht genug Kräfte, dann haben sie angeblich keine Kontrolle über die Lage. Das ist nicht neu, dient aber immer wieder dem Anfachen öffentlicher Debatten über die Qualität von Polizeiarbeit“, sagte Malchow. Dabei wird kaum über die hervorragende Qualität als Bürgerpolizei berichtet.

Wie steht es denn um das lang geforderte Musterpolizeigesetz?

Wenn es in der täglichen Polizeiarbeit um Erleichterungen geht, warten wir schon lange auf den großen Wurf – bundesweit. Im Besonderen bei länderübergreifenden Großlagen müssen die entsendeten Beamtinnen und Beamten immer aufs Neue mit der Rechtslage am Einsatzort vertraut gemacht werden. Das kostet Zeit, erschwert die Einsätze und, so hören wir, nervt die Kolleginnen und Kollegen immer mehr.

Hoffnung auf Besserung keimte auf, als vor einem Jahr das Wort Musterpolizeigesetz im Koalitionsvertrag auftauchte. Die Chancen auf ein einheitliches bundesweites Musterpolizeigesetz sind aber spätestens nach einigen Ländervarianten gesunken. Um es ganz klar zu sagen: Eine vollständige Vereinheitlichung erscheint damit wie die Suche nach dem heiligen Gral. Trotzdem geben wir nicht auf. Unsere bereits seit Jahren formulierte GdP-Forderung werden wir im Interesse der inneren Sicherheit nicht zu den Akten legen.

Wie sieht die GdP die Polizei der Zukunft?

Eine künftige Polizei wird sich – das hat auch schon die Vergangenheit immer wieder gezeigt – weiten, heute noch nicht vorstellbaren Herausforderungen stellen müssen. Wir haben uns gefragt, wie die Polizistin oder der Polizist und deren zukünftige Arbeitswelt beschaffen sein sollten. Bei uns heißt es ja, „vor die Lage kommen“.

Unabhängig von der Digitalisierung sind wir uns sicher, dass unsere Kolleginnen und Kollegen weiterhin aus Fleisch und Blut bestehen werden. Sie werden auch künftig Erfahrung, Fachwissen, Instinkt, Empathie, Durchsetzungsvermögen und ein robustes Nervenkostüm benötigen. Vor diesem Hintergrund geht es darum, die Kolleginnen und Kollegen darin zu unterstützen, dass ihre Arbeitsbedingungen human bleiben, sie gut geschützt sind und sie nicht von Technik oder Technikgläubigkeit dominiert werden. >



COP® SPECIALS
November / Dezember 2018
**Gültig vom 20.10. bis 31.12.2018

Alle Monatsangebote finden Sie hier! ➔



COP

MIT SHOPS IN BERLIN · LEIPZIG · MÜNCHEN · WIEN



adidas
Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

1 Einsatzstiefel adidas® GSG9.2
Art.-Nr. 85807295-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g

AKTIONSPREIS**
€149,90
statt 179,99*



2 Einsatzhandschuh COP® CR214 TS



Art.-Nr. 32021475-Größe
Größen: XXS - 3XL, Farbe: schwarz
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschutzfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.



AKTIONSPREIS**
€29,90
statt 41,99***



Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2



Angebot gilt ohne Delco.



3 Polizeiausrüstungstasche COP® 903
Art.-Nr. 903 BAG-2
Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester

AKTIONSPREIS**
€59,90
statt 84,99***

4 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 POLIZEI
Art.-Nr. 903 BAG-2P2
COP® 903 inkl. 1 Stk. Nicht-Reflex Folie POLIZEI, klein (91B135035POL).

* kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!

5 Mactronic® USB Akku-Taschenlampe Black Eye 1100



Art.-Nr. MT-TH0043
Länge: 14,2 cm
Kopfdurchmesser: 3,4 cm
Gehäusedurchmesser: 2,8 cm
Leuchtweite: bis zu 250 m
Leistung: max. 1100 Lumen
Inklusive Akku

1100 Lumen



AKTIONSPREIS**
€79,90
statt 99,99*

LED 500 Lumen

inkl. 3 Stück AAA



6 Taschenlampe COP® 8503N4 LED
Art.-Nr. 18503N4
Mit Cree® XP-G2 LED!
Länge: 12,9 cm; Durchm.: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf;
Leistung: 500 Lumen
Leuchtweite: 120 m

AKTIONSPREIS**
€39,90
statt 54,99***



7 Universalholster COP® 1407
Art.-Nr. 21407
Material: Polyester (600 Denier)

Passendes Holster

AKTIONSPREIS**
€6,90
statt 11,99***

LED 75 Lumen



8 Taschenleuchte "Quilite X UV" LED Akku
Art.-Nr.: QL-XUVV
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 42 g; Leistung: 75 Lumen
Wiederaufladbare Lampe mit einer weißen und einer ultravioletten LED inkl. Diffusoraufsatz XFLARE.
Ideal zur Prüfen von Sicherheitsmerkmalen auf Ausweisen und Banknoten.



AKTIONSPREIS**
€49,90
statt 74,99*

9 CANNAE I Rucksack
Art.-Nr. CANLEGM-C (coyote)
Art.-Nr. CANLEGM-SA (sage)
Art.-Nr. CANLEGM-S (schwarz)
Größe: 60 x 30 x 15 cm
Volumen: 21 Liter
Material: 500D Cordura® Nylon
Farben: coyote, sage und schwarz
Gewicht: 1,3 kg



21 l



AKTIONSPREIS**
€99,90
statt 139,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2018

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 85651 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de



Die Polizei muss die Deutungs-
hoheit über ihre Aufgaben be-
halten und verteidigen. Glaubwürdig
funktioniert dies dann, wenn man auf
Augenhöhe mit der prognostizierten
Entwicklung ist. Heute schon gilt daher,
Reibungsverluste zu entlarven, klare
Kernaufgaben heraus zu meißeln, zu
klären, ob und welche Aufgaben zen-
tralisiert werden können, und wo Auf-
gaben auf mehreren Schultern verteilt,
also in einem Team unterschiedlicher
Behörden und Institutionen auf ver-
schiedenen Ebenen erledigt werden
können. Vor diesem Hintergrund muss
sehr schnell eine Harmonisierung der
polizeilichen IT-Landschaft erfolgen.
Wenn möglich nicht nur auf nationaler,
sondern auch auf europäischer Ebene.

Und was ist mit dem föderalen Prinzip der Polizei? Ist das ein Konzept der Zukunft?

Ja und Nein. Die Föderalismusre-
form von September 2006 hat bei der
deutschen Polizei eine erhebliche Un-
wucht bewirkt. Die Rückverlagerung
der Gesetzgebungskompetenz in die
Länder – insbesondere für das Besol-
dungsrecht der Landesbeamtinnen
und Landesbeamten – hat zu einem
Besoldungsflickenteppich geführt. Kol-
leginnen und Kollegen verdienen bis
zu 500 Euro weniger im Vergleich zu
anderen Ländern oder dem Bund, und
das für die gleiche Arbeit. Der einzig
uns denkbare Grund dafür liegt allein
beim Dienort. Das kann es nicht sein.

Reden wir Klartext: Länderpoli-
zeien an der Besoldungsspitze
sind für ausgebildete Beamtinnen und
Beamte finanziell attraktiver. Und:
womöglich nicht nur finanziell. Denn,
wenn ein Land mehr für sie ausgibt als
ein anderes, dann bedeutet das eben oft
auch bessere Arbeitsbedingungen, wo-
möglich auch bessere Sozialleistungen.

Länder mit höherer Besoldung oder
auch besseren Arbeitsbedingungen
können ihren Personalstand nicht nur
durch Ausbildung sichern oder auf-
bauen, sie präsentieren sich auch als
attraktives Ziel für Kolleginnen und
Kollegen, die zuvor von einem anderen
Land zu einsatzbereiten Polizistinnen
und Polizisten ausgebildet wurden. Die
fertigen Polizisten sind in dem neuen
Land natürlich herzlich willkommen.
Preiswerter geht's nicht, in die Ausbil-
dung der kommenden Kolleginnen und

Kollegen musste schließlich kein Cent
investiert werden.

Wochenarbeitszeiten und Al-
tersgrenzen driften ebenso
auseinander wie die Höhen der Alters-
versorgung. Nicht zuletzt fördern 17
unterschiedliche Besoldungs-, Versor-
gungs- und Laufbahnrechte natürlich
auch die bürokratie- und kosteninten-
sive Schaffung entsprechender Dienst-
rechtsabteilungen in den Ländern. Die
GdP hat das Ziel ausgegeben, diese
Mehrklassen-Polizei schnellstens wie-
der abzuschaffen.

Die vorgeblichen Ziele des Gesetzge-
bers, die Mobilität der Beamtenschaft
und die Attraktivität des Öffentlichen
Dienstes zu sichern und auszubauen,
sind klar verfehlt worden. Das Gebot,
für gleichwertige Arbeits- und Einkom-
mensbedingungen zu sorgen, wurde in
Folge der Föderalismusreform schlicht
missachtet.

Man sollte uns nicht vorwerfen,
dass wir das Bundesstaatsprin-
zip oder beispielsweise das Trennungs-
gebot zwischen Nachrichtendiensten
und Polizei zur Disposition stellen. Im
Gegenteil: Ohne Zweifel ist ein starker
Föderalismus eine notwendige Lehre
der Vergangenheit und eine wirksame
Absicherung gegen eine erneute tota-
litäre Machtergreifung.

Allerdings entwickeln sich Ein-
satzlagen und Kriminalität vor
dem Hintergrund geänderter gesell-
schaftlicher, technischer und wirt-
schaftlicher Rahmenbedingungen
rasend schnell weiter. Noch einmal
zurück zur Frage: Ja, das föderale Prin-
zip ist zukunftsfähig, und Nein, nicht
so, wie der Föderalismus 2006 über-
triebenerweise eingeführt wurde. Die
Unterschiede zwischen den Arbeitsbe-
dingungen, sozialen Leistungen und
gesetzlichen Grundlagen müssen mi-
nimiert oder besser verschwinden.

Die AfD ist neu in der Parteienlandschaft.

Wir sind aufgerufen, uns mit ihren
Ansichten zum Rechtsstaat und zu den
Prinzipien der Menschenrechte stän-
dig auseinanderzusetzen, denn deren
Wertevorstellungen entsprechen nicht
unseren.

Polizeibeamte dürfen dieser Par-
tei angehören, solange die AfD

demokratisch-freiheitliche Grundsätze
einhält und sich die Beamten in ihrer
Arbeitszeit politisch neutral verhalten.
Verstöße dagegen würden zu internen
Ermittlungen führen.

Zur Vereinbarkeit von politischen
Ämtern, zum Beispiel in Lan-
desparlamenten und Polizeiarbeit,
stellen wir fest: Exekutive und Legis-
lative kann nicht beides sein.

Und: Wir haben in der GdP einen
Beschluss, dass eine Funktion in der
AfD nicht vereinbar ist mit einer Funk-
tion in unserer Gewerkschaft. Der
Grund dafür ist, dass die AfD mit der
Gründung eigener Arbeitnehmerver-
tretungen deutlich macht, – und das
unterscheidet sie auch von etablierten
Parteien – sich gegen den DGB und
auch den Beamtenbund positionieren
zu wollen.

Bleibt die GdP bei ihrem Nein zur Bundeswehr im Innern?

Ja! Nach jedem verübten Terroran-
schlag, unabhängig von der Nähe zum
Tatort, müssen wir damit rechnen, dass
die Debatte um den Einsatz der Bun-
deswehr im Inneren erneut aufflammt.
Seit den furchtbaren Anschlägen vom
11. September 2001 entwickeln Si-
cherheits- und Innenpolitiker immer
wieder neue Szenarien, um einen Ein-
satz von Soldatinnen und Soldaten
in bestimmten Lagen als notwendig
erscheinen zu lassen.

Wir sagen: Terroristen sind
schwerstkriminelle Straftäter
und keine Soldaten. Sie mögen das
Wort Krieg auf den Lippen führen,
wenn sie sich in die Luft sprengen,
in Menschenmengen feuern oder wie
vor fast zwei Jahren in Berlin weih-
nachtliche Stimmung aufnehmende
Menschen mit einem gestohlenen Lkw
ohne kleinstes Zeichen von Mitgefühl
brutal überfahren. Sie haben nicht uns
den Krieg erklärt, sie können es auch
gar nicht. Sie greifen nicht unser Land
an, sondern attackieren die Mitmens-
lichkeit, die freie Entfaltung jeder und
jedes Einzelnen sowie jegliche Kultur,
die von ihrer eigenen kruden, archai-
schen Lebensgestaltung abweicht.

Sie bedrohen uns nicht mit einer
Armee, sie sind keine Nation,
und wir sollten daher in der öffentli-
chen Diskussion über den Umgang mit
diesen Gruppen auch nicht den Fehler





begehen, sie zu Kriegern zu erklären, sondern sie als das bezeichnen, was sie wirklich sind: nämlich feige Verbrecher. Sie zu verfolgen, dingfest zu machen und vor Gericht zu stellen, ist die Aufgabe von Polizei und Justiz. Und diese Aufgabe ist bei aller Trauer und mit allem Respekt vor den Toten vom Berliner Breitscheidplatz hierzulande gut bewältigt worden.

liden Vertrauensgrundlage sowie auf einem dichten Netzwerk enger Kontakte auf allen Ebenen. Ebenso wichtig wie unverzichtbar ist die Arbeit unserer GdP-Bundestarifkommission und die hohe Bereitschaft vieler Kolleginnen und Kollegen, an Warnstreiks und Demonstrationen teilzunehmen sowie die Vertreter der Arbeitgeber an den Verhandlungsorten mit bunter

te einer Tarifeinigung in die Zeilen einer Pressemeldung zu quetschen, selbst die Berichte in dieser Zeitschrift können nicht alle Aspekte aufgreifen. Im Dezember geht es für die Tarifbeschäftigten der Länder ja wieder in die nächste Runde. In diesem Frühjahr hatten die Gewerkschaften eine solide Lohnsteigerung für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen er-



Foto: Hagen Immel/GdP

Wir gingen davon aus, dass die jahrelange Debatte um einen Bundeswehreinsetzung im Innern über die normale Amtshilfe hinaus nach den klaren Worten auf der Koblenzer Innenministerkonferenz im Spätherbst 2015 endgültig vom Tisch sein würde. Sind wir lieber auf der Hut.

Tarifpolitik und die Verhandlungen für die Beschäftigten des Bundes, der Länder und der Kommunen ist ja bestimmt deutlich mehr als „Jährlich grüßt das Murmeltier“?

Zunächst einmal ist es wichtig, die gute Zusammenarbeit mit unseren Tarifgewerkschaften im DGB herauszustellen. Das klappt seit vielen Jahren hervorragend und basiert auf einer so-

und lauter Kreativität zu „begrüßen“. Na ja, manchmal fühlt man sich schon an den beliebten Murmeltier-Film erinnert. Kaum ist eine Tarifrunde vorbei, steht die nächste in ein paar Monaten wieder vor der Tür.

Obwohl die Verhandlungen sich für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen sowie für die Länder praktisch abwechseln, sind die Ausgangslagen nahezu vergleichbar. Unser Ziel ist es, das weitere Öffnen der Entgeltschere der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst zu denen in der freien Wirtschaft zu verhindern. Wir streiten mit unseren Sozialpartnern über Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, Attraktivität und natürlich für die Übernahme der Tarifergebnisse auf die Besoldung der beamteten Kolleginnen und Kollegen.

Tarifpolitik ist vielschichtig. Oft ist es kaum möglich, die Spannwei-

kämpft. Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender und Verhandlungsführer der Arbeitnehmerseite, bezeichnete die Einigung als ein „komplexes“ Programm, das die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verbessern soll. Die Strukturreform der Entgelttabelle berücksichtigt die Probleme der Arbeitgeber bei der Personalgewinnung für hochqualifizierte Positionen ebenso, wie sie den Nachholbedarf in der Einkommensentwicklung bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen des öffentlichen Dienstes befriedigt, hieß es. Eine ähnliche Ausgangslage werden die Verhandlungsgruppen auch in der Tarifrunde 2019 vorfinden.

Die Redaktion



Höherer Sicherheits- und Qualifizierungsstandard im privaten Sicherheitsgewerbe sehr wichtig

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) unterstützen die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte gesetzliche Regelung über höhere Sicherheits- und Qualifizierungsstandards im privaten Sicherheitsgewerbe.

Die GdP werde zunächst die Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs abwarten, um zu einer weiteren Bewertung zu gelangen, kündigte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow bei einem Gespräch von Spitzenvertretern der Gewerkschaft und des BDSW Mitte Oktober in Berlin an. „Eingriffsbefugnisse im öffentlichen Raum müssen aber alleinige Aufgabe der Polizei bleiben. Daran darf nicht gerüttelt werden“, betonte Malchow. Es gebe viele funktionierende Beispiele der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der privaten Sicherheit. Die GdP wird sich Malchow zufolge weiterer Zusammenarbeit nicht sperren.

land geworden. „Das Schutzbedürfnis von Wirtschaft, Staat sowie von Bürgerinnen und Bürger hat insgesamt deutlich zugenommen. Dagegen schützen sich unsere Auftraggeber, zum Beispiel der Handel, Verkehrsbetriebe, aber auch der Werkschutz der Unternehmen.“ Für die Bewältigung dieser Aufgaben sei es wichtig, dass die privaten Sicherheitskräfte ausreichend qualifiziert seien. Die aktuellen Bedrohungen erforderten zudem, so Lehnert weiter, eine Zusammenarbeit aller Sicherheitsakteure.

„Viele Bürger können gar nicht immer unterscheiden, ob sie einen

Polizisten oder einem Wachmann gegenüberstehen. Nicht nur deshalb müssen alle privaten Sicherheitsleute gut ausgebildet sein und die Grenzen ihrer Aufgaben und Befugnisse genau kennen“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende. Auch weiterhin dürften nur in Einzelfällen hoheitliche Rechte auf private Wach- und Sicherungsunternehmen übertragen werden.

Politischen Handlungsbedarf erkennt die GdP des Weiteren bei der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raums. Viele Menschen wüssten nicht, dass beispielsweise in den immer populärerem Einkaufsmalls jemand Hausrecht für sich reklamieren und damit bürgerliche Rechte und Freiheiten erheblich eingeschränkt sein könnten.

mzo/wsd

Übertragung hoheitlicher Rechte an Private nur im Einzelfall

BDSW-Präsident Gregor Lehnert betonte, Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen seien zu einem wichtigen Teil der Sicherheitslandschaft in Deutsch-



(v.l.) Die Vertreter des BDSW: Gerhard Ameis, Vizepräsident, Hauptstadtbüroleiter Dr. Berthold Stoppelkamp, Lutz Kleinfeldt, Vizepräsident, Jens Müller, Vizepräsident, Hauptgeschäftsführer Dr. Harald Olschok und Präsident Gregor Lehnert. Auf Seiten der GdP: Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, GdP-Bundesvorsitzer Oliver Malchow und seine Stellvertreter Jörg Radek, Dietmar Schilff sowie Arnold Plickert. Fotos (2): Holecek



„Medienkrisen“ besser bewältigen

Ihren abschließenden Bericht zur „Organisations- und Vorgesetztenverantwortung in Zeiten einer (medialen) Krise“ hat die AG Krisenmanagement bei den Polizeien des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo) an den für dieses Expertengremium im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständigen Kollegen Hagen Husgen (r.) nach einer zweitägigen Arbeits- und Redaktionssitzung Ende September in der Berliner Bundesgeschäftsstelle überreicht.

Damit erfüllte der BFA Schupo nach den Worten seines Vorsitzenden Björn Neureuter (2.v.r.) den Auftrag des letzten GdP-Bundeskongresses an den Bundesvorstand, den Sachstand „Fehlendes Krisenmanagement der Polizeien und die Folgen für die Kräfte und die Organisation“ genau unter die Lupe zu nehmen.



Foto: Hólecek

Da der Antrag seinerzeit vom Bundesfachausschuss Schutzpolizei eingebracht wurde, hatten die Schupo-Experten die an sie herangetragene Bitte des Bundesvorstandes natürlich gerne übernommen. Nicht zuletzt die Ereignisse am 22. Juni 2016 in München, als ein junger Täter in einem Einkaufszentrum neun Menschen erschoss, zeige, welche taktische Bedeutung einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖA) in herausragenden Einsatzlagen zufalle. Die Länder hätten zwar reagiert und Konzeptionen zum professionellen Umgang mit Krisensitua-

tionen entwickelt beziehungsweise überprüft. Dabei habe jedoch zumeist eine Neuausrichtung der klassischen PÖA im Vordergrund gestanden. Das AG-Papier untersuche hingegen vor allem interne Wirkungen und Handlungserfordernisse und richte den Fokus auf die Folgen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei. Im Besonderen sei auf die Bedeutung von „Kommunikationsverläufen in internetbasierten Kommunikationsplattformen, sogenannten Shitstorms, eingegangen worden.

mzo

Anzeige

- Bekleidungen
- HAIX® Schuhe
- Ausrüstungsgegenstände
- Kopfbedeckungen



- Textildruck / Textilveredlung
- Dienstgradabzeichen
- Abzeichen / Anfertigungen
- Vereinsbedarf

Bitte besuchen Sie auch unseren Webshop
www.tkbo.de



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter **0800 890 11 00**.

* aus dem deutschen Festnetz



„Die Waffe des Polizisten ist das Wort“

Im Oktober fand der Berliner Polizeitag statt, den der Behörden Spiegel gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit Jahren in verschiedenen Städten veranstaltet. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow stellte in seinen Ausführungen mit Blick auf die Bewaffnungsdiskussionen in Ministerien und Sicherheitsbehörden fest: „Die Waffe des Polizisten ist das Wort.“

Die deutschen Polizeien müssten weiterhin „Bürgerpolizeien“ sein und in engem Kontakt zu den Menschen bleiben. Er unterstrich: „Die Gewerkschaft der Polizei will, dass die Bürger weiterhin großes Vertrauen in ihre Polizei haben.“ Die dafür erforderliche Nähe dürfe aber nicht zulasten des Schutzes der Beamten gehen, verlangte der Gewerkschafter.

Hierfür erhielt Malchow Zuspruch vom Präsidenten der Bundespolizeidirektion Berlin, Thomas Striethörster. Er warnte: „In den letzten fünf Jahren ist das Risiko für meine Beamten, im Dienst verletzt zu werden, gestiegen.“



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow bei seinem Vortrag.

Foto: Holecek

So habe es allein im letzten Jahr im Zuständigkeitsbereich seiner Direktion 247 Angriffe auf Vollzugsbeamte gegeben. Dabei seien 60 Kollegen verletzt worden, vor allem durch Tat-

verdächtige nichtdeutscher Herkunft. Pro Jahr würden zwei Prozent seiner Beamten im Dienst verletzt, äußerte sich Striethörster alarmiert.

Behördenpiegel/wsd

GdP-Vize Plickert überbringt beste Wünsche an DHPol-Absolventinnen und -Absolventen

„Für die jetzt beginnende Zeit nach dem erfolgreichen Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup wünschen wir den Absolventinnen und Absolventen nur das Beste“, teilte der vor Ort teilnehmende stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert bei der Verabschiedung des zehnten Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizei-Management“ über den Facebook-Account des GdP-Bundesvorstandes Anfang Oktober mit. Plickert erinnerte zudem an das jahrelange engagierte Eintreten seiner Organisation für die Umwandlung der damaligen Polizeiführungsakademie in eine reguläre Deutsche Hochschule der Polizei, die 2013 durch den Wissenschaftsrat institutionell akkreditiert wurde.

Dessen Entscheidung hatte die GdP als „wichtigen Meilenstein sowohl für die Betrachtung der Entwicklung der DHPol seit ihrer Gründung als auch für die Festlegung der Herausforderung für die Zukunft“ bezeichnet. Sie zeigte sich ebenso davon überzeugt, dass die Akkreditierung als Hochschule

der Aus- und Fortbildung des Höheren Dienstes der Polizei ein anerkanntes Qualitätssiegel aufstempeln.

„Die DHPol befördere die Verankerung der Polizei in der Gesellschaft, indem sie die Voraussetzung schafft, dass sich die Polizei mit ihren Erfahrungen, gestützt auf wis-

senschaftliche Erkenntnisse, in den öffentlichen Diskurs gesellschaftlich relevanter Fragen einbringen kann. Mit dem dortigen Masterstudiengang verfügt die deutsche Polizei über ein wichtiges Instrument zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs im sich verschärfenden Wettbewerb um die besten Köpfe“, so nachzulesen in einem Beitrag für die DEUTSCHEPOLIZEI-Ausgabe Februar 2014.

Stahlknecht: Hohe Erwartungen an junge Führungskräfte

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und Chef des Innenressorts in Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, gratulierte den 33 Absolventinnen und ihren 145 Kollegen persönlich zum erfolgreichen Mas-





IMK-Vorsitzender Holger Stahlknecht.



Keiner der 700 Plätze blieb in der Stadthalle in Münster-Hiltrup frei.

Fotos (2): Sylvia Höpper, DHPol

terabschluss. Es seien hohe Erwartungen an die jungen Führungskräfte gerichtet. Dies nicht nur aufgrund der immer komplexeren und länderübergreifenden Lagen, sondern auch wegen der hohen Belastungen, „die mit den gewachsenen Anforderungen an die Polizei für die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter verbunden sind“. Die Dynamik der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung gebiete eine ständige Weiterentwicklung der Polizei als Organisation sowie die Weiterbildung des Einzelnen. Die DHPol, so Stahlknecht, nehme dabei eine wichtige Rolle ein. Er entließ die

Absolventinnen und Absolventen in das verdiente Wochenende, nicht ohne darauf hinzuweisen: „Ab Montag ist das Studium Geschichte, und es gilt die Herausforderungen der neuen Aufgaben im Beruf auf der Grundlage der erworbenen Kompetenzen zu bewältigen.“ **mzo**

„Die Polizei steht vor dem Kollaps“

Die permanenten Dauereinsätze bei polizeilichen Großlagen in den vergangenen Monaten haben die Polizistinnen und Polizisten in Deutschland an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gebracht. Mit diesen öffentlich gemachten, deutlichen Worten fand die Gewerkschaft der Polizei (GdP) große Zustimmung und Resonanz auf der GdP-Facebook-Seite des Bundes.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow fordert eine an der Sicherheitslage orientierte realistische Personalplanung in Bund und Ländern. „Die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren ist

im Hinblick auf die Sicherheitslage und die Konsequenzen für die Polizei von der Politik in Bund und Ländern falsch eingeschätzt worden“, betonte er. Dauereinsätze am Hambacher Forst, umstrittene Staatsbesuche wie der des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Berlin und Köln, Großdemonstrationen in Sachsen und zahlreiche angekündigte Veranstaltungen zum Tag der Deutschen Einheit hätten die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aus den Stiefeln kommen lassen. Sie müssten nahezu jedes Wochenende in den Dienst und zum Teil 12-Stunden-Schichten ableisten.

Nach den Worten des GdP-Vorsitzenden ist in Deutschland kaum ein Bundesland mehr in der Lage, mit ei-

genen Kräften eigene Großeinsätze zu bewältigen. Malchow erläuterte: „Mittlerweile sind aber auch Verstärkungen aus anderen Bundesländern kaum noch möglich. Selbst das auch polizeilich größte Bundesland Nordrhein-Westfalen braucht seine 18 Einsatzhundertschaften selbst und setzt sie zwölf Stunden am Stück ein. Sämtliche Alarmzüge sind mobilisiert. Etliche Wachen und Kommissariate – und nicht nur in NRW – fahren auf Sparflamme. Für unverhoffte Ereignisse stehen kaum noch ausgeruhten Kräfte zur Verfügung.“

Die GdP rechnet fest damit, dass sich die Lage auch in Zukunft nicht entspannen, sondern eher verschärfen wird. Malchow erklärte: „Die Polizei steht vor dem Kollaps.“ **hol**



JUNGE GRUPPE (GdP) in Berlin und Krakau auf den Spuren dunkelster deutscher Geschichte

Die JUNGE GRUPPE (GdP) machte sich Mitte Oktober zu einer Bildungsreise in das Nachbarland Polen auf. Im Seminar „Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ... Die Rolle der Polizei im Nationalstaat“ wurde bei der fünftägigen Veranstaltung nach Berlin auch Krakau besucht. Auf dem Programm der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter standen in der polnischen Stadt an der Weichsel der Besuch des Museums Galicia, des jüdischen Viertels Kazimierz und der Ausstellung „Krakow under Nazi Occupation 1939-1945“.

Ebenso nahmen die Kolleginnen und Kollegen an einer Studienführung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teil. Damit so etwas nie wieder geschehe, sei eine solche Erfahrung Grundlage einer „enorm wichtigen Auseinandersetzung mit dem Thema“, berichteten einige der Polizistinnen und Polizisten nach dem Besuch des ehemaligen Vernichtungslagers.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JUNGE-GRUPPE-Bildungsreise vor dem Tor der ehemaligen Schindler-Fabrik in Krakau.

Foto: GdP

Zu Beginn der Reise hatte die Gruppe in Berlin den Fachvortrag „Die Polizei im NS-Staat“ gehört sowie die „Topo-

graphie des Terrors“ mit der Ausstellung „Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt“ besucht.

red

GdP-Vertrauensleute trafen sich



Zweimal im Jahr treffen sich die Vertrauensleute-Multiplikatoren aus den Ländern und Bezirken. Neben einem umfangreichen Erfahrungsaustausch standen diesmal im Oktober das Meistern schwieriger Gesprächssituationen und die systematische Stärkung der Vertrauensleutearbeit auf dem Programm der Fachtagung in Potsdam.

Foto: GdP



PRÜFUNGSWISSEN BUNDESPOLIZEIRECHT

Grundlagen des Gefahrenabwehr-, Strafprozess- und Zwangsrechts ·
Prüfungsschemata · Klausuren mit Lösungen

Von **Marc Wagner**.

NEU
AUFLAGE

4. Auflage 2018

Umfang: 208 Seiten

Format: 6.5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0806-9

Dieses Buch richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht mit Erfolg absolvieren wollen. Es bietet:

- **Grundlagenwissen:**

Aufbau von Rechtsnormen, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht.

- **Klausurbearbeitungstechnik:**

Einführung in die Subsumtions- und Würdigungstechnik; Prüfungsschemata: Rechtmäßigkeit von Gefahrenabwehr-, Zwangs- und strafprozessualen Maßnahmen, Erfolgsaussichten Widerspruch gegen Gefahrenabwehr-VA.

- **Klausurtaktik:**

die Arbeit am Sachverhalt, die rechtliche Bewertung, die Niederschrift („do's and don't's“).

- **Klausurtraining:**

Prüfungsklausuren in aufsteigendem Schwierigkeitsgrad mit Musterlösungen.

Neben einer inhaltlichen Aktualisierung wurden für die vorliegende Neuauflage Einführungskapitel in das Strafprozess- und in das Zwangsrecht neu aufgenommen. Weiterhin wurde die Darstellung des Gefahrenabwehrrechts umfangreich ergänzt, sodass das Werk nunmehr einerseits ein Lehrbuch und andererseits eine Fallsammlung darstellt. Im Kapitel „Klausurtraining“ sind schließlich einige Übungsfälle durch neue ersetzt worden.



DER AUTOR

Dr. jur. Marc Wagner, Professor für Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht sowie Einsatzrecht der Bundespolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Rechtssekretäre in Bundesgeschäftsstelle

Die Rechtssekretäre der GdP-Landesbezirke und -Bezirke erörterten in der Berliner Bundesgeschäftsstelle die aktuelle Rechtsschutzlage in Bund und Ländern. Im Beisein des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff ging es vor allem um dienstlichen Rechtsschutz, Musterverfahren (Umgang mit Massen-Widersprüchen) und Disziplinarverteidigern. Weiter auf dem Programm standen unter anderem die Zusammenarbeit mit der DGB-Rechtsschutz GmbH und Diensthaftpflicht und Dienstfahrzeug-Regressversicherungen. **red**



Foto: Treuber

Geballte Ladung Eingruppierungsrecht

Auch in diesem Jahr fand Mitte Oktober in der Berliner Bundesgeschäftsstelle das stark nachgefragte GdP-Bundesseminar „Einführung in das Eingruppierungsrecht“ statt. Drei Tage lang gaben Dozentin Michaela Omari (Referentin für Tarifrecht in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle) und Rechtsanwalt Christian Müller den circa 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet einen Überblick über die komplexe Materie des Tarifrechts. **red**



Foto: Zielasko

GdP-Polizeihauptpersonalräte erörtern Polizeigesetze, Datenschutz und Ausstattungsfragen

In Berlin trafen sich Anfang Oktober die GdP-Polizeihauptpersonalräte (PHPR) aus den Ländern zu einem Lage- und Meinungsaustausch. Geleitet wurde das Forum vom im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Personalratsarbeit zuständigen Bundesvize Arnold Plickert. Als Neuling in dieser Runde – und somit auch noch nicht mit allen Abkürzungen vertraut – nahm der Autor stellvertretend für den Landesbezirk Hamburg teil.

Begrüßt wurden wir durch den Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, den ich zum ersten Mal persönlich erleben durfte. Nach seinen einleitenden Worten hinsichtlich der weiterhin klaren Positionierung der GdP zu politischen

Parteien durch den Bundesvorstand und seiner deutlichen Aussage, dass Gewalt gegen Polizisten eben kein „lapidares Berufsrisiko“ ist, sprang der Funke sofort auf die Gruppe über und es entzündete sich eine Diskus-

sion über weitere aktuelle Fragen. Ergebnis: die einstimmige Forderung, dass die Polizei trotz aller Rechts- und Sonderausstattungen eine echte Bürgerpolizei bleiben muss. Die Führung der GdP hat sich selbst als oberstes Ziel auferlegt, als kompetenter, bürgernaher und vertrauensvoller Ansprechpartner zu fungieren, was als Impuls bis in die Basis der Kollegenschaft durchschlagen wird.

Die Verantwortlichkeit zur Wahl

Fortsetzung Seite 21





GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow bei seinen einleitenden Worten. Foto: Holecek

des mildesten Mittels bei zunehmend komplexen Lagen im Verhältnis neuer Ausstattung zu Bürgernähe macht deutlich, dass es einer umfassenden Rechtssicherheit für die Kollegenschaft bedarf. So finden die unterschiedlich auszulegenden Begrifflichkeiten „drohende Gefahr“, „dringende Gefahr“ oder „Präventivhaft“ sowie „Unterbringungsgewahrsam“ in den Ländern Einzug in die verschiedenen Polizeigesetze. Bei zunehmenden Unterstützungsanfragen der Länderpolizeien an die Bereitschaftspolizeien sind die unterschiedlichen Begrifflichkeiten und deren Auslegungsvarianten eine schwere und kaum noch rechtssicher zu bewältigende Aufgabe. Die zunehmende Komplexität der Lagen aufgrund der vielschichtigen auch länderübergreifenden Einsätze macht deutlich, dass es keine Wahl zum „milderen Mittel“ als die zweigeteilte Laufbahn in der Polizei gibt.

Bei dem hochaktuellen Thema Datenschutz wurden die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auf die Personalratsarbeit von Rechtsanwalt Benedikt Rüdeshcim beleuchtet. Dieses theoretische Thema trug der Referent überzeugend vor, auch die Frage, was Personalräte hinsichtlich der DSGVO tun können? Die prägnante Antwort: Es muss eine Wirksamkeitsvoraussetzung geben. Anders ausgedrückt bedeutet dies, wenn die Dienststelle die Mitbestimmungsrechte des Personalrats missachtet, sind die einseitig die Beschäftigten belastenden Maßnahmen unwirksam.

Dazu wurden die TOM's (Technische und Organisatorische Maßnahmen) heranzitiert. Die TOM's sind im Sinne der DSGVO Mittel, mit denen der Arbeitgeber sicherstellen und

nachweisen muss, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten gemäß Artikel 24 DSGVO erfolgt.

Zum Thema AnKER-Zentren und Abschiebungen lieferte spannenden Input der Vorsitzende des Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek, zugleich stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Er äußerte verfassungsrechtliche Bedenken, mit Beispielen anschaulich unterlegt. Die Bundespolizei solle demnach künftig die vollzugspolizei-



GdP-Vize Jörg Radek informiert über die GdP-Position zu den sogenannten AnKER-Zentren. Links im Bild Bundesvize Arnold Plickert, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Personalratsarbeit zuständig. Foto: Zielasko

lichen Prozessbestandteile der Rückführung, die bislang durch die Polizeien der Länder durchgeführt werden, in diesen Fällen übernehmen. Kollege Radek stellte zudem die Frage, mit welchem Personal die hoffnungslos überlastete Bundespolizei auch noch diese Zusatzaufgabe erledigen soll.

Er führte weiterhin aus, wie hoch die emotionale Belastung zusätzlich zur der rechtssicheren Ausführung solcher Tätigkeiten der eingesetzten Kollegen ist. Radek: „Wir brauchen daher Klarheit, dieses ist insbesondere auch zum Schutz der eingesetzten und möglicherweise Zwang ausübenden und Freiheitsbeschränkungen treffenden Polizeibeamtinnen und -beamten unabdingbar.“ Auch hier wird ersichtlich, dass es ein Hauptansatzpunkt der GdP ist, die Rechtssicherheit für die Kollegen seitens der politisch Verantwortlichen konsequent einzufordern.

Viele weitere Themen wurden von den jeweiligen Ländervertretungen vorgetragen, und die teilweise sehr unterschiedlichen Regelungen wie die Durchlässigkeit der Dienstzweige, Erstattungszusage bei titulierten Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn oder auch die Einführungsbestrebungen der Länder mit einhergehenden Erprobungen wie aktuell in Bremerhaven des DEIG (Distanz-Elektro-Impuls-Gerät) für den uniformierten Vollzug rundeten das Forum ab.

Die GdP mit ihren breit aufgestellten Gremien und den Funktionären, insbe-

sondere in den Personalräten vor Ort, sind ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor, der garantiert, Probleme unpopulistisch anzugehen und Innovationen in Theorie und Praxis rechtssicher zu begleiten: damit der Polizeiberuf auch in Zukunft attraktiv bleibt!

Claus Oppoli



Zunehmender Cyberkriminalität mit Präventionsoffensive begegnen

Angesichts zunehmender Bedrohungen durch die sogenannte Cyberkriminalität hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Präventionsoffensive für den Umgang mit Online-Medien gefordert. „Zahlreiche Menschen sehen sich heutzutage von der Komplexität digitaler Möglichkeiten überfordert und befinden sich häufig in einem Dilemma. Verweigern sie sich, sind sie von vielen nahezu alltäglichen Angeboten wie Kurznachrichtendiensten, Online-Shopping, Video-Telefonaten oder mobilem Streaming abgehängt. Versuchen sie jedoch mitzumachen, fehlen oft technische Kenntnisse, die womöglich zu Unachtsamkeit führen und sie für Cyberkriminelle zu leichten Opfern werden lassen“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow anlässlich des Mitte Oktober in Berlin vorgestellten Berichts zur Lage der Sicherheit in der Informationstechnik. Die Inhalte müssten, so Malchow, in verständlicher Form zu den Menschen gebracht und nicht nur als „Download“ angeboten werden.

„Manches könnte viel einfacher und deutlicher erklärt werden“

Der GdP-Bundesvorsitzende nahm dabei auch die Digitalbranche in die Pflicht. Für die Unternehmen sei der offensive Umgang mit technischen Neuerungen natürlich ein wichtiger kommerzieller Faktor. Sicherheitsaspekte, zumindest habe er den Eindruck, stünden hinter dem deutlich zurück. Zudem würden mittlerweile viele technische Begrifflichkeiten und Handhabungen mit beispielsweise Smartphones und Betriebssystemen als alltäglich vorausgesetzt. „Manches könnte viel einfacher und deutlicher erklärt werden. Das würde vielen Menschen, die nicht zur Generation der sogenannten Digital Natives gehören, eine Menge Stress ersparen.“

Wettbewerb um Fachkräfte kann öffentlicher Dienst momentan nicht bestehen

Fakt sei, dass die erfolgreiche Bekämpfung der Cyberkriminalität enorme personelle und fachliche Ressourcen erfordere. Insofern sind Malchow zufolge die Bemühungen des Bundes und der Länder um geeignete Strukturen und technisch versiertes Personal zu begrüßen. „Der öffentliche Dienst hinkt aber mit einigen für interessierte und geeignete Bewerberinnen und Bewerber wichtigen Aspekten wie

Entgelt, Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mobilem Arbeiten den Angeboten der freien



Foto: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Wirtschaft noch deutlich hinterher.“ Den Personal-Wettbewerb könne der öffentliche Dienst momentan kaum bestehen.

Cyberangriffe neuer Qualität

In der Berliner Bundespressekonferenz sprach Bundesinnenminister Horst Seehofer von einer hohen Gefährdungslage für den Staat, die Wirtschaft und alle Nutzer. Eine wichtige politische Aufgabe bleibe daher, die aktive Cyberabwehr zu stärken. Notwendig sei zudem ein IT-Sicherheitsgesetz 2.0. Darin enthalten soll Seehofer

zufolge auch ein IT-Sicherheitsiegel sein. Arne Schönbohm, Präsident des in Bonn beheimateten Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), verwies auf eine angespannte Lage und „Angriffe neuer Qualität“. Momentan gebe es rund 800 Millionen Schadprogramme. Täglich kämen etwa 390.000 hinzu. Allein für das Betriebssystem Android sind nach Expertenschätzungen 30 Millionen Schadprogramme im Umlauf.

Kompromitierte Dateien

Schadsoftware werde beispielsweise auch vermehrt durch die Manipulation – Fachleute sprechen von Kompromittierung – von Updates, Update-Dateien oder Update-Servern verteilt. Deutlich werde die Verwundbarkeit der Systeme als auch die Bereitschaft der Angreifer, erhebliche finanzielle, zeitliche sowie technische Ressourcen zu investieren, betonte Seehofer mit Blick auf einen Angriff auf das Auswärtige Amt

über eine von der Hochschule des Bundes betriebene Lernplattform.

Die Gefährdungslage im Bereich der Cyber-Sicherheit hierzulande sei nicht nur höher, sondern auch vielschichtiger geworden, stellte Schönbohm fest. Er erklärte: „WannaCry, NotPetya, Efail oder Spectre/

Meltdown sind Ausdruck einer neuen Qualität von Cyber-Angriffen und IT-Sicherheitsvorfällen, die sich gegen die Grundpfeiler der Informationstechnologie richten.“ Gleichzeitig schreite die Digitalisierung und Vernetzung von IT-Systemen, Alltagsgegenständen und Industrieanlagen voran. Unter dem Strich ergebe diese Kombination sowohl eine täglich wachsende potenzielle Angriffsfläche wie eine zunehmende Abhängigkeit des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft von funktionierenden IT-Systemen und hebe die Gefährdungslage auf ein neues Niveau.

mzo



2,95%¹
effektiver Jahreszins,
2,91 % Sollzinssatz
p. a. fest

Bei einer Laufzeit von 24 Monaten
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro

Repräsentatives Beispiel:
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro
Sollzinssatz p. a. (fest): 2,91 %
Effektiver Jahreszins: 2,95 %
Gesamtbetrag: 5.153,55 Euro
Vertragslaufzeit: 24 Monate
Monatliche Rate: 215,58 Euro
Anzahl Raten: 24
Gesamtkosten: Sollzinsen
während der Vertragslaufzeit
Darlehensgeber:
BBBank eG, Herrenstraße 2–10,
76133 Karlsruhe

Wünsche einfach wahr machen.

¹ Kondition freibleibend; bonitätsabhängig
² Voraussetzung: Erstabschluss eines BBBank-WunschkreditsPlus¹; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto

Mit dem BBBank-Online-WunschkreditPlus¹ und
100,- Euro Bonus² für GdP-Mitglieder.



Einfach online abschließen!
www.bbbank.de/gdp



Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gdp

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



EINGRIFFSRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN

Polizeiliche Maßnahmen, Prüfungsschemata, Definitionen

Von **Holger Nimtz** und **Markus Thiel**.

1. Auflage 2017

Umfang: 448 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 26,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0799-4

Dieses Lehrbuch enthält das gesamte prüfungsrelevante Eingriffsrecht für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium und orientiert sich im Wesentlichen an der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen. Die Darstellung ist – nach allgemeinen Einführungen zum präventiven und zum repressiven Handlungsfeld der Polizei – nach eingriffsrechtlichen Maßnahmen gegliedert. Jede polizeiliche Maßnahme wird mit einem übersichtlichen Prüfungsschema samt den dazugehörigen Definitionen eingeleitet und um Beispielfälle ergänzt.

Somit kann eng an den jeweiligen Vorschriften gearbeitet werden, und der Leser lernt die polizeilichen Maßnahmen in einer Form, wie sie in Klausuren, aber auch in der Praxis geprüft werden.

Beschrieben werden die Standardmaßnahmen der StPO und des PolG NRW, aber auch Grundzüge des Versammlungs-, Waffen- und Straßenverkehrsrechts. Hinweise auf weiterführende Literatur und Leitentscheidungen ergänzen die einzelnen Abschnitte.

Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht allen, die sich mit dem Eingriffsrecht und seinen Ermächtigungsnormen befassen, eine schnelle Einarbeitung in den Lernstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Die Gliederung nach den einzelnen Maßnahmen ermöglicht eine leichte Handhabung, sodass das Buch auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann.



DIE AUTOREN

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.

Dr. Dr. Markus Thiel, Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Gefahrenabwehr, und Studiengangsleiter des „Master of Public Management (MPM)“ an der FHöV NRW.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GdP-Kolleginnen und -Kollegen in Bürgerdelegationen beim Fest zum Tag der deutschen Einheit in Berlin

28 Jahre stand die Mauer, und dieses Jahr feierte Deutschland 28 Jahre deutsche Einheit – 2018 markiert also ein besonderes Jahr seit der Wende. Bei der zentralen Feier am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, in Berlin stand die „Mitbestimmung“ im Fokus und damit auch ehrenamtlich Tätige aus Gewerkschaften, Kirchen und Interessenvertretungen, die aus allen 16 Ländern in die Hauptstadt angereist waren. Mit der Einladung in eine der repräsentativen Bürgerdelegationen sollten Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit und herausragenden Dienste im Ehrenamt ausgedrückt werden.

Die Länder bekamen die Möglichkeit, zehn Personen zu entsenden. In Sachsen traf Ministerpräsident Michael Kretschmer die Auswahlentscheidung persönlich. So bekam der Autor dieser Zeilen als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der

gramm. Beim Besuch des „Roten Rathauses“ trafen die GdP-Bürgerinnen und -Bürger das erste Mal zusammen. Der amtierende Präsident des Bundesrates und Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, lud dort zu einem Empfang. In einer Rede

genem Festzelt vertreten, in dem die Delegierten bereits mit Politikern ins Gespräch kommen konnten. Für mich als sächsischen Delegierten bot ein 3D-Bild (siehe Seite 1 oben links) des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz ein besonderes Highlight:

Den Abend ließen wir beim Konzert am Brandenburger Tor ausklingen, bei dem unter anderem LEA oder The BossHoss den Besuchern einheizten.

Am 3. Oktober ging es bereits um 7.30 Uhr mit Shuttlebussen und Polizeieskorte zur Akkreditierung in die Humboldt-Universität. Als Polizeibeamter war es durchaus spannend, eine Polizeieskorte mal „von der anderen Seite“ erleben zu können. Zum Ökumenischen Gedenkgottesdienst im



Der Bär mit Stern.

Foto: privat



Die GdP-Delegation mit dem „Ersten Mann des Staates“: (v.l.) Esrin Korff-Avunc (Bremen), Jan Krumlovsky (Sachsen), Christoph Hanschke (Rheinland-Pfalz). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit „First Lady“ Elke Büdenbender, Maike Neumann (Nordrhein-Westfalen), Kai Christ (Thüringen) und Uwe Petermann (Sachsen-Anhalt). Nicht im Bild, aber auch dabei: Klaus Timke (Niedersachsen).

Foto: Bundesregierung/Sandra Steins

GdP Sachsen und in mehreren Personalvertretungen tätig, völlig überraschend einen Anruf: „Ob ich denn schon Pläne für den 3. Oktober hätte ...“ Da ich dies verneinte, erhielt ich einige Zeit später die Einladung für den Empfang und das Gespräch mit dem Bundespräsidenten. Dazu eine Einladung der Bundeskanzlerin zur Teilnahme am offiziellen Festakt. Insgesamt acht Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der GdP fanden sich am 3. Oktober in den Bürgerdelegationen der Länder wieder.

Nach der am Tag zuvor erfolgten Anreise begann das eng getaktete Pro-

schilderte Müller seine persönlichen Erinnerungen und Eindrücke der Wendezeit sowie die Herausforderungen für die Gesellschaft mit und ohne Berliner Mauer. Zum Abschluss wurde von allen Bürgerdelegierten der „Buddy Bär“ mit einer Unterschrift versehen. Den Bären zierte nun auch ein GdP-Stern.

Beim Bürgerfest auf der Ländermeile war jedes Bundesland mit ei-

Berliner Dom durften wir dann den Klängen des Staats- und Domchors Berlin in Begleitung der Kammersymphonie lauschen.

Die Predigten, die das Motto „Nur mit Euch“ aufgriffen, stimmten nachdenklich: Obwohl es einem ja bewusst ist, wurde uns vor Augen geführt, dass jeden von uns ein Schicksalsschlag treffen und alles nehmen könnte. Auch, dass unsere Gesellschaft nicht



POLIZEIBEAMTE ALS ZEUGEN VOR GERICHT

Zeugenrolle und Sachverständigenstatus

Von **Heiko Artkämper** und **Carola Jakobs**.

1. Auflage 2017

Umfang: 264 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 19,99 € [D]

ISBN 978-3-8011-0788-8

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 14,99 € [D]

Polizeibeamte sind – wie andere Bürger auch – in die staatsbürgerlichen Zeugenpflichten eingebunden. Auch als Sachverständige treten sie vermehrt im Strafverfahren vor Gericht auf. In beiden Funktionen tragen sie eine entscheidende Verantwortung für den Ausgang des Verfahrens. In den polizeilichen Ermittlungsverfahren ist der Polizeibeamte dabei weitgehend selbstständiger Ermittler. In der Hauptverhandlung ist er Zeuge oder Sachverständiger, der Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen hat und dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit geprüft wird. Besonderes Augenmerk richtet die Verteidigung auf die Verwertbarkeit polizeilicher Vernehmungen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Die gesamte Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird in Frage gestellt und damit nach unzulässigen Maßnahmen gesucht, für die Beweisverwertungsverbote geltend gemacht werden können. Dies ist im Rechtsstaat so vorgesehen und drängt den Beamten nur scheinbar in eine Verteidigungsrolle.

In diesem Buch vermitteln die Autoren das erforderliche Wissen für Polizeibeamte, um vor Gericht die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen. Gleichzeitig wollen sie das – oftmals unterschätzte – Verantwortungsbewusstsein des Polizeibeamten für seine Aufgaben in einem rechtsstaatlichen und fairen Strafprozess schärfen.



DIE AUTOREN

Dr. Heiko Artkämper, Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft Dortmund und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Carola Jakobs, Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

gegen Probleme der Welt immun sei, und wie wichtig Nächstenliebe und gegenseitige Fürsorge für jeden Einzelnen sind.

Hart erkämpfte Freiheit

Im Anschluss begann der offizielle Festakt auf Ladung der Bundeskanzlerin in der Staatsoper „Unter den Linden“. Dort sprach neben dem Regierenden Bürgermeister der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble über die aktuelle Situation in Deutschland,

Von „unfassbar tollen Tagen“ schwärmt auch unsere NRW-Kollegin Maike Neumann. „Wir haben alle sehr viele Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet kennengelernt. Die Stimmung war durchgehend gut und die Abendveranstaltungen mit viel Liebe geplant. Von Discofox mit dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein bis zum spontanen Mittagssnack im Backstage-Zelt mit Armin Laschet war alles dabei.“ Vor allem gefiel ihr, Politiker einmal abseits der öffentlichen Bühne kennenzulernen und zu erleben. Ihr Fazit: „2019 findet der Einheitsfestakt in Kiel statt. Wer die Chance bekommt, daran teilzunehmen, kann sich schon jetzt freuen.“

red

Chancen und Ziele sowie den hohen Wert der Freiheiten unserer Demokratie – Freiheiten, welche hart erkämpft, jedoch immer wieder auf die Probe gestellt und damit verteidigt werden müssen. Die ergreifenden Reden wurden mit Kurzfilmen über individuelle Eindrücke von Berlinern vor und nach der Wende sowie historischen Bildern verknüpft.

Ein weiteres Highlight war der Empfang von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Opernpavillon, wobei wir die Gelegenheit nutzten, mit ihm, aber auch den Ministerpräsidenten aus unserer Sicht wichtige Punkte wie die Innere Sicherheit im Allgemeinen und die Polizei zu diskutieren.

Danach besuchte die Delegation noch das Abschlusskonzert am Brandenburger Tor, das erst spät in der Nacht endete.

Auf der Rückreise konnte man die

Zeit nutzen, diese spannenden aber auch ein wenig anstrengenden zwei Tage noch einmal auf sich wirken zu lassen. Ja, man ist auch ein wenig stolz und dankbar, ein Teil eines solchen Tages gewesen zu sein.

In allen Festtagsreden wurde betont, dass hinsichtlich der Wiedervereinigung von Ost und West mit der Angleichung beider Teile bereits eine Menge erreicht werden konnte, jedoch nach wie vor noch viel zu leisten sei. Persönlich beeindruckt hat mich jedoch auch der Konsens, der sich in den vielen Gesprächen mit anderen Teilnehmern, ob aus Politik oder Gesellschaft, zeigte: Egal, welche Tätigkeit die jeweiligen Vertreter ausübten,

forum

LESERMEINUNG

garantiertes Wochenende, keine garantierte Planungssicherheit über einen Zeitraum X. Selbst der TV-L ist da besser drauf: „Protokollerklärung zu Paragraph 6 Absatz 4: In vollkontinuierlichen Schichtbetrieben kann an Sonn- und Feiertagen die tägliche Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden verlängert werden, wenn dadurch zusätzliche freie Schichten an Sonn- und Feiertagen erreicht werden.“

Olaf Sumpf, Brandenburg

Zu: Lesermeinung des Kollegen Zerbe, DP 10/18

Fassungslos habe ich die Meinung des Herrn Zerbe gelesen. Ein Verschwörungstheoretiker verweist auf andere Theoretiker und das soll dann die Wahrheit ergeben? Das ist ja gerade die Kunst dieser Menschen nach dem Lügen auf andere Lügner zu verweisen und dann die sogenannte Wahrheit daraus zu formen. Wie sagte schon Frau Nahles so schön – ich mache mir die Welt wie sie mir gefällt. Ja dann ...

Kann mir mal einer erklären, wieso keiner der Wahrheitsunterdrücker – es muss ja mittlerweile tausende wenn nicht gar hunderttausende davon geben – wieso keiner dieser Leute sein einzigartiges Wissen an die „Washington Post“/„New York Times“ et cetera weitergeben will – natürlich gegen entsprechendes Entgelt? Die könnten ja Milliarden verlangen. Dann an Euch liebe GdP, wie kann man so was völlig unkommentiert drucken?

Theo Weber, Kornwestheim

so hatten sie doch alle mit ähnlichen und immer wiederkehrenden Problemen wie Budgetkürzungen oder Personalmangel zu kämpfen. Interessant war jedoch zu erfahren, mit welchen Mitteln und Möglichkeiten diese Probleme bekämpft wurden.

Es zeigte sich, wie viel Mühe und enormer Aufwand in den Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten steckte. Das Festprogramm war allerdings anstrengend und unterlag einem strengen Zeitplan. Es war eine besondere Ehrung, als Dank für die geleistete ehrenamtliche Arbeit das eigene Bundesland vertreten und ein Teil sein zu dürfen.

Jan Krumlovsky

Fortsetzung von Seite 3

Zu: Lesermeinung der Kollegin Nubi; DP 9/18

Bezüglich der Kommentarin von Patricia Nubi finde ich, wir Männerinnen sollten uns für die letzten 2.000 Jährinnen erkenntlich zeigen und die böse, böse männliche Förmin gänzlich aus der Sprachgebrauchin streichen.

Zwar besteht die Gefahr, dass sich dadurch einige Männerinnen benachteiligt oder gar „totgeschwiegen“ fühlen. Aber die sogenannte starke Geschlechtin könnte damit zumindest verdeutlichen, dass keinesfalls unsere eigene Intellektin entlastet werden soll.

Markus Andrä, Stuttgart

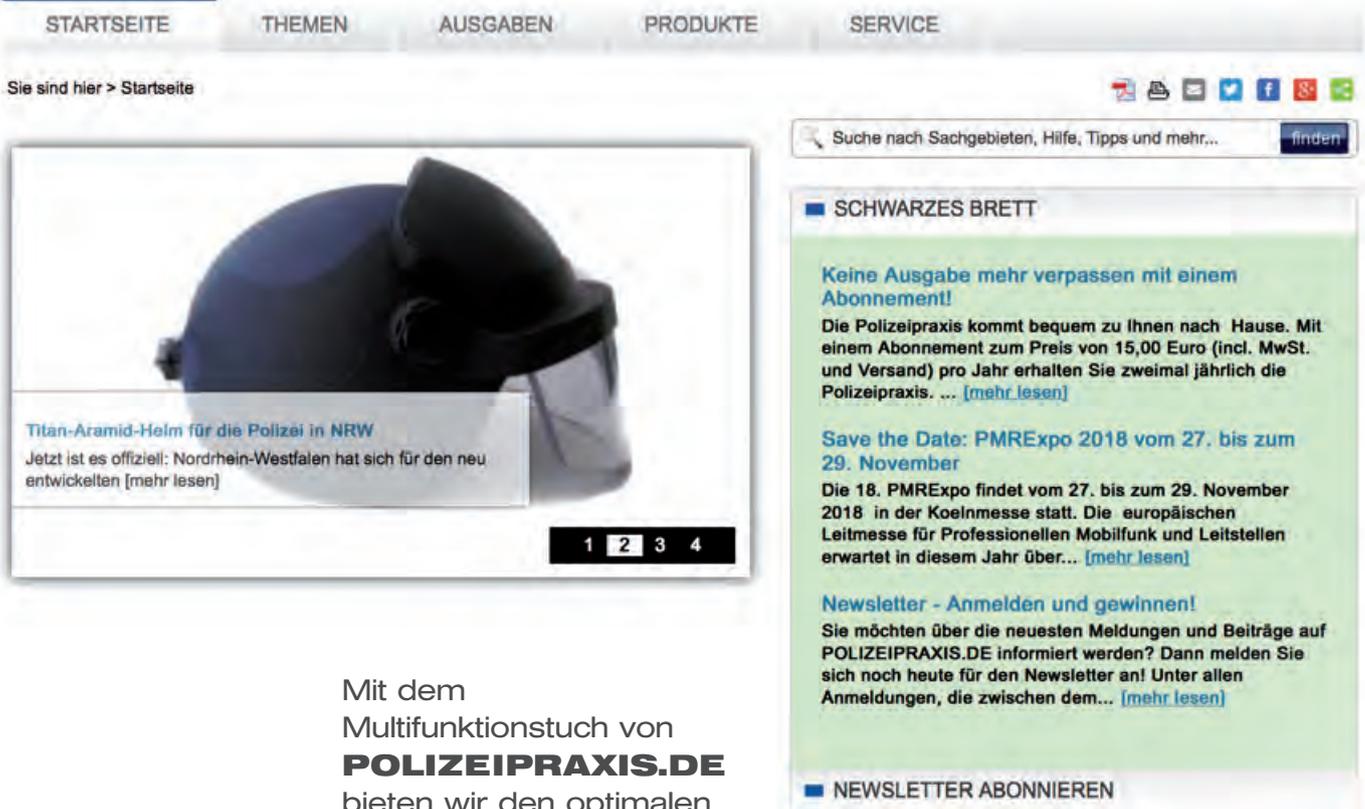
Zu: Lesermeinung der Kollegin Nubi, DP 9/18

Beim Lesen des Leserbriefes habe ich bei den Formulierungen „aus der Geschichte gelöscht“ und „totgeschwiegen“ nur noch den Begriff „Hexenverbrennung“ vermisst; er hätte sicherlich auch noch in den Kontext gepasst. Aber genug der Ironie; es täte uns allen wahrscheinlich gut, das Thema mit mehr Gelassenheit und auch einer Prise Humor anzugehen. Dazu habe ich ein Gedicht im Internet gefunden: der Titel ist ‚innen‘. **(Hinweis der Redaktion: Die von unserem Kollegen empfohlenen Verszeilen sind in der DP-Online-Ausgabe November verlinkt.)**

Gerhard Ziegeler, Goslar



POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Immer öfter Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten

Fachtagung stellt DGB-Broschüre zur Gewalt vor

In Zeiten politischer Polarisierung und einer deutlich wahrnehmbaren gesellschaftlichen Verrohung steigt seit Jahren die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Doch auch andere Beschäftigte im Dienst der Allgemeinheit, etwa bei der Bahn, in Jobcentern oder Ordnungsämtern, in Krankenhäusern und Schulen sind immer öfter von Angriffen betroffen. Die jüngst vorgestellte DGB-Publikation „Wider die Normalisierung! Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und privatisierten Dienstleistungssektor“ zeigt anhand aktueller Zahlen, Daten und Fakten die Vielschichtigkeit des Problems auf.

Der DGB stellte die Ursachen und Auswirkungen von Übergriffen sowie die persönlichen Erlebnisse von Beschäftigten in den Mittelpunkt einer Fachtagung im September in Berlin. Rund 100 Teilnehmer diskutierten mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sowie unmittelbar betroffenen Beschäftigten. Dabei wurde deutlich, die Gründe für diese Entwicklung sind hausgemacht. Personalmangel, unzureichende Aus- und Fortbildungen sowie schlechte Ausstattungen begünstigen Übergriffe deutlich.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagte, es gebe kaum eine Berufsgruppe, die täglich mit Menschen zu tun hat, wo nicht Beleidigungen oder körperliche Angriffe an der Tagesordnung seien. Auch in Krankenhäusern, Schulen, in Bussen und Bahnen kippe die Stimmung immer häufiger in Richtung Gewalt. „Was wir erleben, ist zwar keine Explosion der Gewalt im Allgemeinen und auch kein Kontrollverlust des Staates. Aber es sind eben nicht nur Einzelfälle“, betonte die Gewerkschafterin.

Hinter den Übergriffen stehe zumindest teilweise eine wachsende Ablehnung staatlichen Handelns, wenn die Beschäftigten als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates wahrgenommen werden. „Respekt- und Rücksichtslosigkeit sind ein Zeichen dafür, dass der gesellschaftliche Kitt bröckelt. Der Zusammenhalt schwindet“, stellte Hannack fest und fügte hinzu: „Prekäre, unsichere und

schlecht bezahlte Arbeit weitet sich aus. Gleichzeitig wurde der öffentliche Dienst in vielen Regionen kaputtgespart, und das hatte von der Symbolik her eine schleichende Entwertung öffentlicher Ämter zur Folge. Es ist nicht egal, wie die Polizeigebäude oder Bürgerämter von außen und innen aussehen. Es ist nicht egal, mit wieviel Personal Behörden, Schulen oder kommunale Kitas ausgestattet sind. Der öffentliche Dienst muss greifbar sein, er muss für die Menschen da sein. Und eben nicht marode aus dem letzten Loch pfeifen wie vielerorts.“

„Unser Staat ist gefordert, die Bediensteten zu schützen“

Dr. Helmut Teichmann, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, verwies darauf, dass zwar die Zahl der Gesamtstrafaten in Deutschland im vergangenen Jahr um 5,1 Prozent gesunken seien, im Bereich der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst jedoch eine Zunahme zu verzeichnen sei. Diese Entwicklung zeige, dass Teile der Bevölkerung ein problematisches Verständnis und Verhältnis zum Staat und seinen Beschäftigten hätten. „Dies geht nicht nur aus meiner Sicht einher mit einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas insgesamt. Es ist nämlich rauer geworden. Man merkt dies im Straßenverkehr und anderen Situationen, in denen Menschen zusammenkommen“, sagte er.

Davon sei der öffentliche Dienst nicht ausgenommen. „Angriffe

gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind aber auch Angriffe gegen die Institution des Staates. Und der Staat ist gefordert, seine Bediensteten zu schützen“, betonte Teichmann. In den vergangenen Jahren seien zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte getroffen worden. „Ein ganz wichtiges Thema ist dabei die Personalausstattung unserer Behörden. Nach dem Personalabbau vergangener Jahre steuern wir jetzt dagegen“, kündigte er an.

Stille im Saal

In einer Podiumsrunde mit Opfern von Gewalt im Dienst berichtete das



GdP-Mitglied Maike Neumann über ihre schockierenden Erlebnisse. Sie war Silvester 2016 zu einem Einsatz gerufen worden, weil Rettungssanitäter von einer Frau angegriffen worden seien und Hilfe angefordert hätten. Als die Polizistin eintrifft, war die extrem aggressive Frau schon gefesselt gewesen. „Trotzdem gelingt es ihr, nach hinten auszutreten. Ich werde so heftig im Unterleib getroffen, dass ich zu



ÖFFENTLICHER DIENST

Boden gehe und mich vor Schmerzen krümme.“ Sie verbringt den Neujahrs-morgen im Krankenhaus und weiß tagelang nicht, ob sie noch Kinder bekommen kann, berichtete die junge Kollegin, die mit ihrem Gesicht die Aktion „AUCH MENSCH“ prägt. Mit der Kampagne wird seit Jahren angesichts der Angriffe auf Polizeibeschäftigte versucht, Politik und Öffentlichkeit für dieses gesellschaftliche Problem zu sensibilisieren. Die GdP-Aktion hatte auch anderen Berufsgruppen Mut gemacht, über die Bedrängnisse zu reden, denen ihre Angehörigen Tag für Tag ausgesetzt sind.

Fazit der Veranstaltung: Was muss aus Sicht der Beschäftigten getan werden?

- + Umgang mit Gewalt muss Teil jeder Ausbildung im öffentlichen Dienst werden.
- + Dazu gehört der Umgang mit Kollegen, die Opfer eines Übergriffs wurden.
- + Unfallkassen müssen Übergriffe als Dienst- beziehungsweise Arbeitsunfall anerkennen.
- + Opfern Rechtsschutz gewähren.
- + Gerichte müssen Täter konsequent bestrafen.
- + Zentrale Stelle einrichten, die bei Dienstunfällen tätig wird.
- + Interventionsteam, Deeskalationstrainer, Präventionsrat einsetzen.
- + Personalräte sollten Kontakt zum Opfer aufnehmen, wenn sie von einem Vorfall erfahren.



Moderator Christoph Tiegel im Gespräch mit Opfern von Gewalt: (v.r.) Christian Greiser, Mitarbeiter im Allgemeinen Ordnungsdienst des Bezirksamts Berlin-Mitte, der bei einem Einsatz mit Pfastersteinen und Flaschen gezielt beworfen wurde, Polizeibeamtin Maike Neumann und Krankenschwester Anusch Huseynov, die von einem Patienten mit einer Schere angegriffen und schwer verletzt wurde.
Foto: Schönwald

- + Betroffene haben ein Recht auf Hilfe. Sie dürfen diese einfordern und sollten keine falsche Scham zeigen.
- + Mehr Öffentlichkeitsarbeit, um das Problem bekannter zu machen.

Mit der Fachtagung knüpfte der DGB an seine Veranstaltungen aus den Jahren 2016 und 2017 an. Statistiken wie die Polizeiliche Kriminalstatistik und Erhebungen von Gewerkschaften, der Bahn oder Unfallkassen zeigen deutlich, dass Re-

spektlosigkeiten und Übergriffe gegen öffentliche Beschäftigte weiter zunehmen.

Und so war die Botschaft der Veranstaltung auch sehr klar: Politik und öffentliche Arbeitgeber stehen weiter in der Pflicht zu handeln. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst tragen wesentlich zum Funktionieren unseres Gemeinwesens und der Daseinsvorsorge bei.

DGB/wsd

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Reise & Erholung

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyon-tour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift,
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,- €,
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,
www.zur-sonne-urlaub.de

Diakonie
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

www.Polizeifeste.de

www.PolizeiDeinPartner.de



Rückblick auf 30 Jahre Tarifarbeit

Nach 47 Dienstjahren und 30 Jahren Gewerkschafts- und Personalratsarbeit geht Margarethe Relet, stellvertretende GdP-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz und zuständig für den Tarifbereich, Ende des Jahres in den Ruhestand. René Klemmer, ihr Nachfolger für den Landesvorstand und den Hauptpersonalrat Polizei, fühlt der Kollegin, die alle nur Maggi nennen und seit 2006 auch in der Bundestarifkommission (BTK) mitarbeitete, in einem Gespräch auf den Zahn.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): 30 Jahre Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sind eine verdammt lange Zeit. Wie kamst Du eigentlich dazu?

Margarethe Relet: 1988 bin ich in die GdP eingetreten und ein Kollege meiner Dienststelle war der Auffassung, ich sei genau die Richtige für die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit. Er hat mich für die anstehenden Wahlen aufgestellt und mehr oder weniger ins kalte Wasser geschubst. Und siehe da, ich wurde gewählt, bin los geschwommen, und es hat mir riesigen Spaß gemacht. Ich habe viele gleich-

gesinnte Kolleginnen und Kollegen kennengelernt, und durch zahlreiche Schulungen konnte ich so nach und nach mein Fachwissen erweitern. Ich hatte das Glück, von der untersten Ebene Kreisgruppe und örtlicher Personalrat über die Bezirksgruppe und den Gesamtpersonalrat in den Landesvorstand und in den Hauptpersonalrat wechseln zu können. So konnte ich Gewerkschafts- und Personalratsarbeit quasi von der Pike auf lernen. Mir standen immer kompetente Unterstützer zur Seite, heute nennt man sie Mentoren, die mich auf meinem Weg

begleitet haben. Deshalb bin ich eine Verfechterin der Nachwuchsförderung durch Mentoring-Programme, wie sie bei uns in Rheinland-Pfalz laufen.

DP: Du hast ja einiges an Entwicklung in der Polizei und technischem Fortschritt miterlebt. Wie war das?

Relet: Nun ja, als ich angefangen habe, hatten die Telefone noch Wählscheiben und der Fernschreiber ratterte den ganzen Tag. An Vorgangsbearbeitungsprogramme oder das Internet in heutiger Form war nicht zu denken. Mittlerweile sind wir zu Smartphone und digitalem Kalender übergegangen, und die weitere Digitalisierung wird auch uns als Gewerkschaft vor neue Herausforderungen stellen. Wenn ich bedenke, wie wir früher gearbeitet haben, muss ich manchmal schmunzeln. Aber: Wir haben unsere Arbeit geschafft und nicht schlechter als heute.

DP: Was waren die herausragenden Ereignisse in Deinen Funktionen?

Relet: Anfang der 90er-Jahre lösten

-Anzeige-

Einfach, schnell und zuverlässig – PLAY SAFE

Datenschonender, effektiver Verbraucherschutz in Spielstätten und in der Gastronomie beschäftigt Wirtschaft, Politik und Behörden gleichermaßen. Auf diesen Bedarf reagierte die Gauselmann Gruppe bereits 2016 mit der Entwicklung und Einführung des Einlasskontrollsystems PLAY SAFE, damals noch FACE-CHECK. Seither wurde das System stetig weiterentwickelt, so dass das Unternehmen heute vier PLAY SAFE-Varianten anbietet.

Verbraucherschutz in der Spielstätte

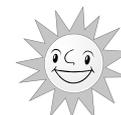
Über eine Kamera erfasst PLAY SAFE die Gesichtsmuster von Gästen gleich beim Eintreten in die Spielstätte und gleicht diese sofort mit einer lokalen Datenbank ab, in der gesperrte Gäste hinterlegt sind. Gleichzeitig erfolgt eine Alterseinschätzung. Gesperrte oder minderjährig anmutende Spielgäste werden herausgefiltert. Die Gesichtsmuster nicht gesperrter Personen werden nach dem Abgleich gelöscht. Den Gästen wird anhand eines Ampel-

systems angezeigt, ob sie die Spielstätte betreten dürfen (grün), noch einmal vom Servicepersonal manuell kontrolliert werden müssen (orange) oder keinen Eintritt erhalten (rot). Für kleinere Aufstellorte bietet sich PLAY SAFE in der Standard-Variante als reine Counter-Lösung an. Mit der Premium-Variante können mehrere Eingänge bedient und Gates angeschlossen werden.

Jugendschutz-Lösungen für die Gastronomie

Für den Jugendschutz in der Gastronomie gibt es zwei weitere PLAY SAFE-Varianten: PLAY SAFE BASIC und PLAY SAFE COMPACT. An das dokumentenbasierte PLAY SAFE BASIC können bis zu drei Geräte angebunden werden. Um diese zum Spiel freizuschalten, müssen die Gäste ein Identifikationsmittel durch einen integrierten Kartenleser ziehen. Ist der Gast volljährig, wird das ausgewählte Gerät drahtlos via Funk freigeschaltet. Minderjährigen bleibt der Zugang verwehrt. PLAY SAFE

COMPACT arbeitet zusätzlich mit dem PLAY SAFE-Jugendschutzmodul: Eine Kamera erfasst die Gesichtsmuster des Gastes und gibt eine Alterseinschätzung ab. Wird der Gast als volljährig eingestuft, kann er das ausgewählte Gerät ohne weitere Kontrolle bespielen. Befindet er sich in der Altersgrenze bis circa 25 Jahre, wird er aufgefordert, sein Alter mithilfe eines Identifikationsmittels zu verifizieren. Alle erfassten Daten werden nach der Kontrolle gelöscht.



Die SPIELMACHER
GAUSELMANN

Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp
Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de



TARIF

nach und nach die Computer die Adler-Schreibmaschinen ab. Mein erster Erfolg war damals, die Funktionszulage für die Schreibkräfte in meinem zuständigen Bereich flächendeckend durchzusetzen. Dem folgte die Umgruppierung der Schreibkräfte von der BAT VII (Bundesangestelltentarif) in die VIb, von der landesweit fast 250 Angestellte betroffen waren. Die Öffnung verschiedener Funktionen, insbesondere im IT-Bereich, für Tarifbeschäftigte und die Zuweisung zusätzlicher Stellen für Sonderprogramme sind Erfolge, die wir zu verzeichnen haben. Auf unseren Druck hin werden wieder Auszubildende eingestellt, und wir setzen uns dafür ein, dass diese nach ihrer Ausbildungszeit übernommen werden.

Arbeitsintensive Ereignisse waren die Einführung des TV-L (Tarifvertrag für die Länder) im November 2006 und der Entgeltordnung im Januar 2012. Das waren große Herausforderungen, die mich als Gewerkschafterin und Personalrätin immens gefordert haben. Viele Kolleginnen und Kollegen hatten persönliche Sorgen und Ängste. Für sie in solchen Phasen da zu sein, ist nach meinem Verständnis das Fundament einer guten Gewerkschaftsarbeit. Der persönliche Kontakt zu den Mitgliedern und das „offene Ohr“ sind nicht zu unterschätzen.



René Klemmer und Margarethe Relet beim Interview.

Foto: GdP RLP

DP: Du hast Dein Wissen in vielen Seminaren weitergegeben?

Relet: Das habe ich sehr gern gemacht. Ich denke, es ist wichtig, unsere Kolleginnen und Kollegen über ihre Rechte und Pflichten zu informieren. Der Aha-Effekt nach solchen Seminaren ist schon bemerkenswert. Auch die Schulung der Personalratsmitglieder sehe ich als unbedingt erforderlich an. Der Arbeitgeber vermittelt

keinen Wissenstransfer; das müssen wir selbst leisten. Schwierig war schon mal die Auseinandersetzung mit dem Kassierer, wenn ich zusätzliche Seminare durchsetzen wollte; aber ich konnte ihn stets überzeugen.

DP: Du hast Dich auch auf Bundesebene eingebracht.

Relet: Seit 2006 bin ich Mitglied der Bundestarifkommission. Ich war von

Kapitalmarkt

Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.454,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtenkredit/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen!

AK FINANZ
Exklusivzins sehr gut
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68153 Mannheim
Tel.: 06211 378180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forvarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 145145

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – Bis zum 95. Lebensjahr

Tel. 02 01/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälät-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

JETZT INFORMIEREN!
Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal



TARIF

Anfang an begeistert von dem Gremium. Die Vorbereitungen auf Tarifverhandlungen und auch Runden selbst waren immer spannend, oft auch nervenaufreibend. Vor Ort dabei zu sein, ist etwas ganz Besonderes. Der bundesweite Austausch über Tariffragen in diesem Gremium ist sehr wichtig. Es ist interessant, über die Landesgrenzen hinaus zu schauen und sich Anregungen und Problemlösungen aus anderen Ländern zu holen. Schließlich sitzen hier die GdP-Tarifexpertinnen und -experten aus allen Landesbezirken und Bezirken.

DP: Bei Streikmaßnahmen hattest Du viele Jahre das Zepter in Rheinland-Pfalz in der Hand. Bist Du mit Blick auf die Streikbereitschaft entspannt oder besorgt, wie es in Zukunft weitergeht?

Relet: Ich bin besorgt. Wir haben zwar viele treue „Stamm-Streikende“, die immer wieder dabei sind, aber viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich nicht angesprochen. Manchmal habe ich das Gefühl, es geht uns zu gut; wir sind satt. Vielleicht würde es manchen gar nicht auffallen, wenn eine Tarifrunde mal ausfällt. Ich gehe davon aus, dass unsere Mitglieder wissen, dass Tarifverträge nicht vom Himmel fallen. Freiwillig gibt uns unser Arbeitgeber mal rein gar nichts.

Wenn wir Verbesserungen wollen, müssen wir diese auch einfordern. Und das geht nun mal in der Regel nicht ohne Streikmaßnahmen. Sich hinterm Ofen zu verstecken, auch wenn die Streiks meistens bei frostigen Temperaturen stattfinden, bringt aber nicht einen Euro mehr in die Taschen. Das Streikrecht ist im Grundgesetz verankert, und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, für ihre Forderungen die Arbeit niederzulegen. Die Vorstellung, dass die anderen schon die Kartoffeln aus dem Feuer holen und man sich nur an den gedeckten Tisch setzen muss, ist unsolidarisch. Aus meiner Sicht muss insgesamt ein Umdenken stattfinden. Die Solidarität, die eine Gewerkschaft ausmacht, muss wieder stärker werden. Dies gilt für Tarifbeschäftigte ebenso wie für Beamtinnen und Beamte. Wir müssen gemeinsam unsere Zähne zeigen, denn ein zahloser Tiger ist schwach und wird gefressen.

DP: Maggi, Hand aufs Herz: Bist Du froh, dass der Ruhestand vor der Tür steht?

Relet: Nun, ich gehe mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Ich denke, die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit war meine Berufung. Mir hat die Aufgabe sehr großen

Spaß gemacht. Dazu haben viele Kolleginnen und Kollegen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter beigetragen. Ich habe mich in der GdP sehr wohlfühlt. Aber es ist auch schön zu wissen, dass ich jetzt Zeit für andere Sachen habe, die bisher auf der Strecke geblieben sind. Vor allem hoffe ich, dass ich gesund bleibe, noch lange das Tanzbein schwingen und der Rentenkasse auf der Tasche liegen kann.

DP: Was wünschst Du unserer Organisation für die Zukunft?

Relet: Der GdP als Organisation wünsche ich einen weiteren Mitgliederzuwachs und motivierte Nachwuchskräfte, die dieses wichtige Ehrenamt ernst nehmen und mit voller Überzeugung für das Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen kämpfen. Es gibt viele junge Mitglieder, die sich einbringen wollen, das sehe ich sehr positiv. Und um den Tarifbereich ist mir gar nicht bange, weil ich weiß, dass er in Deinen Händen gut aufgehoben ist.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte und die mich während meiner Berufszeit begleitet haben. Ich wünsche ihnen alles Gute.

VERKEHR

Bundesweit 10.184 Handyverstöße festgestellt

Erste Verkehrssicherheitsaktion zur „Ablenkung“

Ende September sind in allen Bereichen des Straßenverkehrs Kontrollen und Präventionsveranstaltungen zum Thema „Ablenkung“ durchgeführt worden. An der länderübergreifenden Aktion „sicher.mobil.leben“ beteiligten sich mehr als 11.200 Einsatzkräfte, die rund 137.000 Verkehrsteilnehmer kontrollierten.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Sachsen-Anhalts Ressortchef Holger Stahlknecht, sagte laut Pressemitteilung: „Die Aktion war ein voller Erfolg. Ziel war und ist es, alle Verkehrsteilnehmer für die Gefahren im Straßenverkehr, die durch Ablenkung entstehen, zu sensibilisieren. Das betrifft Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gleichermaßen.

Bei der eintägigen Aktion wurden

10.184 Handyverstöße festgestellt und circa 20.000 weitere verkehrsrechtliche Verstöße sanktioniert. Wahrscheinlich müssen sich 214 Verkehrsteilnehmer darauf einstellen, in nächster Zeit ohne ihr Fahrzeug unterwegs zu sein, da Fahrverbote drohen. Neben den repressiven Maßnahmen lag der Schwerpunkt auf präventiver Verkehrssicherheitsarbeit – über 30.000 Menschen wurden in persönlichen Gesprächen

über die Gefahren der Ablenkung im Straßenverkehr aufgeklärt.

Risiken durch Ablenkung wohl noch nicht bei Allen angekommen

Die Ergebnisse der Kontrollen zeigten, so der Minister, dass das Thema Ablenkung und die daraus resultierenden Risiken im Straßenverkehr nicht bei allen Verkehrsteilnehmern angekommen seien. Insofern sei es richtig, mit Kontrolldruck einerseits, aber auch mit aufklärenden Maßnahmen andererseits zu reagieren, um Unfälle zu vermeiden, Risiken zu minimieren und dadurch ein Mehr an Sicherheit im Straßenverkehr zu gewährleisten.

Drei Beispiele belegen die oft unterschätzten Gefahren des Hantierens mit dem Handy während der Fahrt. In München fiel ein 27-Jähriger mit





**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

P**LIZEI**
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem **Präventionsportal**
der Gewerkschaft der Polizei

seinem Sportwagen einer zivilen Streifenwagenbesatzung auf, als er bei erlaubten 60 Stundenkilometern mit 120 unterwegs war. Als die Polizisten den Fahrer anhalten und kontrollieren wollten, sahen sie, wie dieser während der Fahrt auf seinem Smartphone tippte. Im Fahrzeug befanden sich seine Lebensgefährtin und in einer Babyschale das gemeinsame einjährige Kind. Im Verlauf der Kontrolle stellten die Beamten drogentypische Auffälligkeiten bei dem Fahrzeugführer fest. Ein durchgeführter Test verlief positiv auf Tetrahydrocannabinol (THC). Zusätzlich ergab sich, dass der Fahrer bereits seit 4. Oktober 2017 nicht mehr im Besitz einer Fahrerlaubnis ist. Ihn erwarten nun verschiedene Anzeigen und Bußgeldverfahren, hieß es.

Selfie-Stick am Fahrrad

Auf der autofreien Insel Wangerooge in Niedersachsen beteiligte sich auch der „Inselpolizist“ an der Verkehrssicherheitsaktion. Er stellte einen Mann fest, der mit dem Rad fuhr und gleichzeitig mit seinem Smartphone am Selfie-Stick seine Fahrt live ins Inter-

net streamte. Den Mann erwartet ein Bußgeld in Höhe von 55 Euro.

In Ingelheim am Rhein wurden etliche Menschen in einem vollbesetzten Linienbus unfreiwillig Zeugen, wie der für ihre Beförderung zuständige Busfahrer während der Fahrt mit seinem Smartphone widerrechtlich am Verkehr teilnahm. Beamten einer Zivilstreife fiel dies auf. Der 51-Jährige wurde angehalten und verwarnet. Die Beamten sind vor allem auf die besondere Verantwortung in der Personenbeförderung eingegangen. Nunmehr bleibt abzuwarten, inwieweit neben dem eingeleiteten Bußgeldverfahren der Arbeitgeber arbeitsrechtliche Konsequenzen zieht.

Sachsen-Anhalt hatte als Vorsitzsland der IMK gemeinsam mit der Deutschen Hochschule der Polizei



Foto: Paul Zinken/dpa

den Aktionstag unter der Dachkampagne „sicher.mobil.leben.“ koordiniert. Insgesamt waren mehr als 11.000 Polizisten eingebunden. Neben motorisierten Fahrzeugführern wurden Fahrradfahrer ebenso wie Fußgänger kontrolliert.

PM/wsd

Übersichten zu den einzelnen Ergebnissen der jeweiligen Bundesländer sind unter <https://mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/innenministerkonferenz-2018/> abrufbar.



SENIOREN

19. Bundesseniorenfahrt 2019 nach Rhodos

Wie in jedem Jahr ist während der diesjährigen GdP-Bundesseniorenreise auf Kreta das Ziel der nächsten Tour kurz vorgestellt worden. 2019 geht es auf die Insel, auf der die Götter Urlaub machen, nach Rhodos.

Mit circa 78 Kilometer Länge und 38 Kilometer Breite ist Rhodos die viertgrößte Insel Griechenlands und die Hauptinsel der Dodekanes. Sie liegt in der südlichen Ägäis, an der schmalsten Stelle sogar nur etwa 17,5 Kilometer von der türkischen Südküste entfernt. Die Insel hat rund 115.000 Einwohner, von denen etwa die Hälfte in Rhodos Stadt leben. Rhodos ist von Deutschland aus in circa drei Flugstunden erreichbar. Die Insel ist mit 3.000 Sonnenstunden im Jahr eine der sonnenreichsten Regionen Europas. Im September/Oktober kann man mit einem angenehmen Klima mit durchschnittlich 24 Grad Lufttemperatur und angenehmen 23 Grad Wassertemperatur rechnen. Die Insel lebt in erster Linie vom Tourismus. Landwirtschaftlich

wird sie hauptsächlich für den Wein- und Olivenanbau genutzt.

Weltkulturerbe

Die Altstadt von Rhodos-Stadt ist von der UNESCO als Weltkulturerbe geschützt und besonders sehenswert. Hier befindet sich zum Beispiel der bekannte Großmeisterpalast. Wer die Stadt besucht, möchte natürlich wissen, wo der Koloss von Rhodos, eines der sieben Weltwunder der Antike, gestanden haben soll. Der Koloss soll eine etwa 34 Meter hohe Bronze-Statue gewesen sein, die den Sonnengott Helios darstellte und mit gespreizten Beinen über der Hafeneinfahrt des Mandraki-Hafens stand. Sie wurde aber bereits 227

v. Chr. von einem Erdbeben zerstört. Heutzutage geht man allerdings davon aus, dass die Statue in der Nähe des Hafens und nicht über der Einfahrt stand. Diese wird heute von den Statuen eines Hirsches und einer Hirschkuh flankiert, den Wappentieren der Insel.

Die Akropolis zu Lindos

Zum „Pflichtprogramm“ der Insel gehört natürlich Lindos mit seiner Akropolis. Diese stammt aus dem 4. Jahrhundert v. Chr. und ist von einer Johanniterfestung umgeben. Das gesamte Dorf Lindos steht unter Denkmalschutz und ist äußerst sehenswert, denn es hat sich trotz Tourismus seinen Charme behalten.

Sehr bekannt ist auch die „Anthony-Quinn-Bucht“. Diese erhielt den Namen nachdem hier Teile des Films



SENIOREN



Fotos (2): DER Touristik Hotels & Resorts GmbH

(„Die Kanonen von Navarone“) mit Anthony Quinn gedreht und ihm die Bucht geschenkt wurde. Dies wurde zwar rückgängig gemacht, aber der Name blieb bestehen. Die Bucht eignet sich aufgrund des kristallklaren

Wassers insbesondere zum Schnorcheln. Unser Ziel liegt unweit dieser Bucht und wird dieses Mal Faliraki sein. Ihr Urlaubshotel ist das renovierte 4,5-Sterne-LTI Amada Colossos Resort (Landeskategorie 5 Sterne), direkt am weitläufigen Sand-/Kiesstrand gelegen. Rhodos Stadt ist 12 Kilometer und der Flughafen rund 14 Kilometer entfernt. Zum Ort Faliraki sind es etwa fünf Kilometer. Eine Bushaltestelle befindet sich in unmittelbarer Nähe des Hotels.

Keine Wünsche bleiben offen

Das großzügig angelegte Resort besteht aus einem Haupt- und mehreren Nebengebäuden. Das Hotel verfügt über 699 Zimmer mit Bergblick, seitlichem oder auch direktem Meerblick, verschiedene Restaurants und Bars, 5 Pools, Rezeption, Lobby, Aufzug, Spielzimmer, Fernsehraum, Minimarkt, Souvenirshop, Friseur und einem Wellnessbereich (gegen Gebühr). Für sportliche Aktivitäten wie Fitness, Tennis, Beachvolleyball, Boccia oder Aerobic

ist ebenfalls gesorgt. Für das leibliche Wohl sorgt ein Ultra-All-Inclusive, das neben den Mahlzeiten auch ein umfangreiches Getränkeangebot bereithält und sicherlich keine Wünsche offen lässt.

Reise-Informationen

Die Reise startet am 24. September 2019 ab verschiedenen deutschen Flughäfen und kostet für 14 Tage mit Ultra-All-Inclusive bei der Unterbringung mit 2 Personen im Doppelzimmer, je nach Abflughafen und Zimmerkategorie, ab 1.279 Euro pro Person. Für Alleinreisende stehen gegen Aufpreis Doppelzimmer zur Alleinbenutzung zur Verfügung. Bei Interesse an unserer 19. Bundesseniorenreise fordern Sie bitte unsere ausführliche Ausschreibung und das Anmeldeformular telefonisch unter 0211/29101-64 oder per E-Mail unter penguin@gdp-reiseservice.de beim GdP-Reiseservice in Düsseldorf an.

Eva Skirlo

BUNDESSENIORENVORSTAND

Senioren im DGB – Und er bewegt sich doch ...

Noch kürzlich musste berichtet werden, dass der erneute GdP-Antrag zur Aufnahme der Senioren in die DGB-Satzung auf dem dortigen Kongress wiederum gescheitert war. Der Bundesseniorenvorstand hatte nach Abwägung der jeweiligen Machbarkeit beschlossen, einen Antrag beim GdP-Bundeskongress mit dem Ansinnen zu stellen, den DGB aufzufordern, unter Zuhilfenahme der anteiligen Seniorenbeiträge wenigstens personelle Voraussetzungen für eine kontinuierliche Seniorenarbeit zu schaffen. So hat jetzt wohl dieser „Druck“ doch Bewegung in die DGB-Seniorenarbeit auf Bundesebene gebracht.



Der DGB-Vorstand beschloss, einen Bundesseniorenbeauftragten einzusetzen, der dem zuständigen Referenten in der Abteilung Sozialpolitik zuarbeitet.

(v.l.) Der neue DGB-Bundesseniorenbeauftragte Klaus Beck mit den GdP-Vertretern Winfried Wahlig (Bundesseniorenvorsitzender), Gudrun Hoffmann (Abteilungsleiterin in der Bundesgeschäftsstelle) und Werner Fischer (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes).

Foto: GdP



Da es für die Senioren im DGB keine Satzungsorgane gibt, trifft sich in unregelmäßigen Abständen der „Seniorenkoordinierungskreis“, in den die Einzelgewerkschaften Vertreter entsenden. An der letzten Sitzung im Berliner DGB-Haus nahmen der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig, das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes Werner Fischer und die zuständige Abteilungsleiterin in der Bundesgeschäftsstelle Gudrun Hoffmann teil.

Seniorenpolitische Aufgabe im Ehrenamt

DGB-Referent Ingo Schäfer stellte den neuen Bundesseniorenbeauftragten Klaus Beck vor. Der 66-jährige studierte Pädagoge und jetzige Rentner nimmt die Aufgabe im Ehrenamt wahr. Er hat einen facettenreichen Berufsweg hinter sich, war wissenschaftlicher Uni-Mitarbeiter im Fachbereich Politik, aber die längste Zeit hauptberuflich in der DGB-Bundesgeschäftsstelle als Leiter der Verbindungsstelle des DGB-Bundesseniorenvorstandes zur Bundesregierung und zum Bundestag in Bonn, Leiter des DGB-Verbindungsbüros zum Europäischen Parlament und DGB-Bun-

desvorstandssekretär. Laut Schäfer ist die Aufgabe neu geschaffen worden. Damit solle die Seniorenpolitik stärker in den Fokus rücken. Mit einem Seniorenbeauftragten könne der DGB seine Präsenz in seniorenpolitischen Fragen verstärken, gleichzeitig die seniorenpolitische Arbeit nach innen wie nach außen sichtbar aufwerten. Um das auch erfahrbar nach innen und außen zu leben, solle mit dem Beauftragten die Seniorenpolitik verstärkt werden.

Ideenkatalog vorgelegt

Beck unterbreitete schon erste Ideen. Neben der Unterstützung im Bereich Seniorenpolitik wolle er folgende Themen prüfen und angehen: Aufbau eines „Informationsdienstes“ für Senioren sowie den Austausch von Informationen zwischen den Gliederungen und Gewerkschaften. Er will seniorenpolitische Aktivitäten zusammentragen, sich um Strukturen und Ehrenämter, Rente, Pensionen, Hinzuverdienst und Krankenversicherung bei Nebenverdienst kümmern. Im Blick hat er bereits den DGB-Rechtsschutz für Senioren, den Einbezug seniorenpolitischer Fragen in den Dialog im DGB und eine

bessere öffentliche Darstellung und Präsentation beim Thema Senioren.

Die Teilnehmer begrüßten die Berufung Becks ausdrücklich als wichtigen Schritt des Bundesvorstandes, die Seniorenpolitik zu stärken. Der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Wahlig sagte: „Die jahrelangen Bemühungen der GdP-Senioren haben endlich zu einem ersten Schritt in die richtige Richtung geführt. Damit sind wir aber noch nicht am Ziel unserer Bemühungen, ordentliche Organe für Senioren im DGB zu bekommen.“

Großen Raum nahm in der Sitzung erneut die Besprechung der „Seniorenpolitischen Eckpunkte“ des DGB ein. Dazu hatten die GdP-Landesbezirke bereits 2015 umfangreiche Stellungnahmen eingebracht. Diese werden überarbeitet und den Gewerkschaften nochmals zugeleitet. Das Papier soll am Ende dem DGB-Bundesseniorenvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Themen waren auch der aktuelle Stand des Rentenpakets sowie die Arbeit der Rentenkommission und die Seniorenmitwirkungsgesetze auf den verschiedensten Ebenen in Politik und Gesellschaft.

H.W. Fischer

SENIOREN

Meinungsaustausch der Südländer vor Bundeskongress

Seniorenvertreter mehrerer GdP-Länder und -Bezirke trafen sich im September zum sogenannten Süddeutschen Treffen im thüringischen Jena. Neben Landesbezirksthemen diskutierten sie über die Ergebnisse des DGB-Bundeskongresses und blickten auf den Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende November in Berlin.

Kai Christ, GdP-Vorsitzender Thüringens, informierte über die Situation im Landesbezirk. Er ging auf die personellen Probleme der Polizei ein und erläuterte, warum sich Thüringen nach GdP-Auffassung die billigste Polizei Deutschlands leistet. Dies liege zum einen daran, dass der Freistaat bundesweit die meisten Polizeibeamtinnen und -beamten im mittleren Dienst habe und zugleich innerhalb der einzelnen Laufbahnen die wenigsten Beförderungssämter. Ein Ergebnis sei, dass Polizeimeister nach mehr als 40 Dienstjahren als solche auch in Pension gingen. Ähnlich dramatisch sieht die GdP die Situation im Tarifbereich.

Neueinstellungen in Vergütungsgruppe E3 oder Teilzeitbeschäftigung in E5 bedeute am Ende des Berufslebens eine Altersversorgung nahe am Existenzminimum. Dies sei ein großes Betätigungsfeld für die GdP, konstatierte Christ.

Strukturschwache DGB-Seniorenarbeit

Die Senioren diskutierten die Auswirkungen des DGB-Bundeskongresses für die Arbeit der GdP-Seniorengruppen in den von ihnen vertretenen Ländern und berichte-

ten über die Arbeit der GdP-Senioren innerhalb des DGB. Schnell wurde klar, dass die Seniorenarbeit des DGB wegen fehlender Strukturen und offensichtlich auch wegen fehlenden Interesses der Industriegewerkschaften eher ein Schattendasein fristet. (Hinweis der Redaktion: „Senioren im DGB – Und er bewegt sich doch ...“ auf Seite 36 dieser Ausgabe)

Die Zusammenkünfte von Seniorenvertretern innerhalb der DGB-Bezirke wurden von Vertretern eher als Alibiveranstaltungen bezeichnet und nicht als Treffen, mit denen für Senioren etwas bewegt werden soll. Für die Anwesenden stand fest, dass sie weiterhin dafür wirken wollen, im DGB für Senioren vergleichbare Strukturen nach GdP-Vorbild zu etablieren und den Status der Senioren im DGB den anderen Personengruppen gleichzustellen. >



Werben um Mehrheiten

In Vorbereitung des GdP-Bundeskongresses wurde darauf verwiesen, dass mehrere vom Bundesseniorenvorstand eingebrachte Anträge in der Antragsberatungskommission keine Mehrheit gefunden hatten. Mehrere an der Erarbeitung der Anträge beteiligte Senioren sind aber nach wie vor von der Sinnhaftigkeit der Anträge überzeugt. Deshalb sollen auf der Bundesseniorenvorstandssitzung nochmals die Argumente für die Anträge ausgetauscht werden, um auf dem Kongress selbst doch noch Mehrheiten für die Anträge zu finden.

Der Autor ließ es sich nicht nehmen, den Teilnehmern seine Heimatstadt näher zu bringen. Dazu zählten ein Besuch im Zeiss-Planetarium und eine Stadtführung. Ein saarländischer Vertreter, der vor knapp 50 Jahren zuletzt in Jena zu Gast war, meinte dann auch anerkennend, „bei Euch hat sich richtig was getan“.

Edgar Große



Ausflug zum Zeiss-Planetarium in Jena: Das nächste Treffen der GdP-Senioren-Südländer steht bestimmt nicht in den Sternen.

Foto: Edgar Große

Eine gelungene Seniorenbetreuung

Mitte September trafen sich 25 Ruheständler der Bundespolizei zum Besuch des ehemaligen US-Camps Point Alpha an der früheren hessisch-thüringischen Grenze.

Ausgangspunkt war die Bundespolizeiabteilung Hünfeld. Nach einem gemeinsamen Mittagessen fuhr man zur Gedenkstätte. Im „Haus auf der



Das Bild ist mitten im ehemaligen US-Camp Point Alpha, einem amerikanischen Militärstützpunkt direkt an der Grenze zur ehemaligen DDR, aufgenommen. Das Camp war ein Hotspot (Fulda-Gap) im kalten Krieg. Der Turm im Hintergrund ist damals von der amerikanischen Armee erbaut worden. Von ihm hat man einen weiten Blick über die ehemaligen Grenzanlagen ins Geisaer Land hinein. Foto: P. Mannert



SENIOREN

Grenze“ machten sich die Teilnehmer ein Bild davon, wie die Bevölkerung damals mit der Bedrohung und der Unterdrückung lebte. Zeitzeugen aus der Region berichteten von ihrem Leben im Sperrgebiet.

Danach ging es weiter auf original erhaltenen Grenzanlagen aus den 70er- und 80er-Jahren, auf dem alten Kolonnenweg der DDR-Grenztruppen zum Gelände von Point Alpha. In dem

Militärcamp, in dem 40 Jahre lang US-Soldaten Wache hielten, konnten die Teilnehmer in den alten Baracken und dem Beobachtungsturm das alltägliche Zusammenleben der im sogenannten „Fulda Gap“ stationierten US-amerikanischen Soldaten nachempfinden. Einige der Kollegen konnten Anekdoten zu einem unvergesslichen Zeitzeugnis beitragen, weil sie selbst viele Jahre lang Dienst an dieser unmenschlichen Grenze geleistet hatten.

Zum Abschluss wurde noch einmal die Gelegenheit der Erfrischung und des kleinen Imbisses in der ehemaligen Kantine/Snackbar „Black Horse Inn“ im US-Camp genutzt.

Allenthalben wurde die Veranstaltung von den Teilnehmern gelobt. Viele Erinnerungen wurden geweckt und die Wiedersehensfreude vieler Pensionäre mit ehemaligen Kollegen wurde spürbar wahrgenommen.

Axel Ufermann

BILDUNGSREISE

Israel: Zwei spannende Erlebnisse erwarten Euch

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bietet im kommenden Jahr wieder allen interessierten Kolleginnen und Kollegen, deren Partnern und Freunden bei Bund und Ländern zwei ganz unterschiedlich konzipierte Reisen nach Israel an. Für beide Reisen kann Sonderurlaub beziehungsweise Bildungsurlaub beantragt werden.

Israel ist für viele Sehnsuchtsort seit den gehörten Geschichten aus Kindertagen und dem Religionsunterricht, Schmelztiegel der Kulturen, Schnittpunkt von Orient und Okzident, multi-ethnisches Einwanderungsland, Heiligtum mehrerer Weltreligionen und ständiger aktuellpolitischer Hotspot zugleich.

Vom 14. bis 22. Mai 2019 startet die „GdP-Outdoor-Bildungsreise“. Hier wird Bildungshunger mit der Lust auf atemberaubende Landschaften, Zelt-Camp am Jordan-Fluss oder in der Negev-Wüste und aktive Bildungspunkte mit Klettern, Wandern, Biken verbunden. Wir bieten die Möglichkeit, das Land auf eine faszinierend andere Art kennenzulernen, die den meisten Besuchern verschlossen bleibt. >



Kontaktpflege mit der israelischen Polizei.

Foto: privat





Touristenattraktionen: Die Klagemauer und der Felsendom in Jerusalem.

Foto: privat

Im Herbst findet dann vom 27. Oktober bis 5. November unsere „klassische“ Bildungsreise mit Hotel- und Gästehausunterkunft statt.

So unterschiedlich die Reisen sind, so groß ist doch das durchweg begeisterte, positive Echo derer, die in den vergangenen 21 Jahren schon mit der GdP nach Israel gefahren sind. Beide Bildungsreisen sind ein Highlight unserer gewerkschaftlichen Bildungsangebote und begehrt.

Die GdP fühlt sich dem besonde-

ren Verhältnis unseres Landes zum Staat Israel und dem jüdischen Volk verpflichtet. Und wo kann man besser etwas über jüdisches Leben, jüdische Religion und jüdische Kultur lernen als in Israel? Durch Besuche in (auch) von deutschen geflüchteten Juden gegründeten Orten, Kibbuz und Treffen mit Zeitzeugen wird ein spannender Brückenschlag in unsere eigene Geschichte und in das Heute des Staates gemacht. Aber Israel ist auch ein multi-ethnisches Land mit

fast 20 Prozent nichtjüdischer Bevölkerung. Ob städtische Araber, Beduinen, Drusen, Tscherkessen – sie alle sind auch Teil dieses Landes und israelische Staatsbürger, deren Gastfreundschaft unseren Gruppen immer wieder Einblicke in ihr ganz eigenes Leben geben. Unsere israelischen Polizeikollegen ermöglichten uns bei jeder Reise neue, interessante Einblicke in ihre Arbeit. Das wurde ergänzt durch Besuche bei der Palästinensischen Polizei, oft in Jericho, oder auch bei der EU-Mission EUPOLCOPPS, die gemeinsam mit bilateraler deutscher Polizeihilfe tragfähige Strukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten aufbaut.

Der Bezirk Bundespolizei ist der gemeinsame Veranstalter für alle Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern. Wer sich für eine der Reisen interessiert, findet auf <http://israelreise.gdp-bundespolizei.de> nicht nur alle Informationen zu Preis, Programm und Leistungen sowie die Anmeldeformulare, sondern zum Appetitholen und Vorfreuen vor allem auch spannende Reiseberichte und Fotos der Gruppen der vergangenen Jahre.

Telefonische Anfragen gern unter 030-18681-14610 oder per E-Mail an israelreise@gdp-bundespolizei.de.

Sven Hüber



Nr. 11 • 67. Jahrgang 2018 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und
Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen**
nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbe-
zirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie
im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in
der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
190.287 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel
Fotos (16):
Hagen Immel
Rüdiger Holecek
Michael Zielasko
Christian Hoffmann
Horst Wagner
mm-pictures GmbH/Ge-
staltung Karadesign

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



ZEIT FÜR DEN EINSATZ!



Armbanduhr „Slim Black“

2-Zeiger-Markenuhrwerk.
IP-Plating Metallgehäuse
matt. Kratzfestes Mineralglas.
Erhabener Index, flaches
PU-Band matt. 3 bar
spritzwassergeschützt.
2 Jahre Garantie.*
Ø 4 cm / Abb. 1:1.

150983

☀ 28,95 € 35,95 €



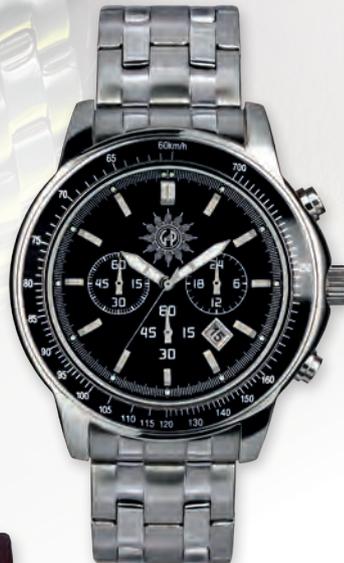
Armbanduhr Chronograph „Sport“

Chronograph mit Stoppfunktion und
Datum. Edelstahlgehäuse poliert,
erhabener Index mit fluoreszierender
Füllung. Kratzfestes Mineralglas.
Drehlunette. Edelstahlarmband.
10 bar (zum Schwimmen geeignet).
2 Jahre Garantie.*

Ø 4,5 cm / Abb. 1:1.

150981

☀ 84,95 € 106,95 €



Armbanduhr „Slim Orthogon“

3-Zeiger-Markenuhrwerk, flaches
Metallgehäuse IP-Plating Chrom
glänzend, kratzfestes Mineralglas.
PU-Band mit Naht.

1 bar spritzwassergeschützt.

2 Jahre Garantie.*

Ø 3 cm / Abb. 1:1.

150984

☀ 19,95 € 24,95 €



Armbanduhr Chronograph „Brown“

Chronograph mit Stoppfunktion.
Metallgehäuse IP-Plating
Chrom glänzend. Kratzfestes
Mineralglas. Gepolstertes
PU-Band mit Naht in
Kroko-Optik.

3 bar spritzwassergeschützt.

2 Jahre Garantie.*

Ø 4 cm / Abb. 1:1.

150985

☀ 48,95 € 60,95 €



Armbanduhr Chronograph „Classic“

Chronograph mit Stoppfunktion
und Datum. Metallgehäuse
Chrom gebürstet. Kratzfestes
Mineralglas. Fluoreszierend,
gedruckter Index.

Gepolstertes Lederband.

3 bar spritzwassergeschützt.

2 Jahre Garantie.*

Ø 4,5 cm / Abb.1:1.

150982

☀ 48,95 € 60,95 €



*Garantie nicht auf Batterien, Armbänder, Verschlüsse und Glas.



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Einkaufs-Zentren, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Echte Nordhäuser Marktpassage
Nordhausen



Schloss Arkaden
Heidenheim



Kaiser Passage
Worms



City Rondell
Schwenningen



Vennehof
Borken



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

ITG · Immobilien Treuhand GmbH & Co. · Immermannstraße 12 · 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11/93 54-0 · Telefax: 02 11/93 54-119 · E-mail: info@itgcom.de